

Die französische Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Manfrass-Sirjacques, Francoise

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Manfrass-Sirjacques, F. (1999). *Die französische Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. (HSFK-Report, 2/1999). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-75422-2>

Nutzungsbedingungen:

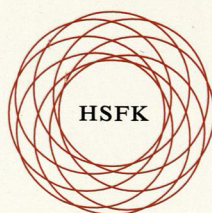
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS- UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Françoise Manfrass-Sirjacques

**Die französische Sicherheitspolitik
zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

HSFK-Report 2/1999

HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKT- FORSCHUNG

Françoise Manfrass-Sirjacques

**Die französische Sicherheitspolitik
zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

HSFK-Report 2/1999

Februar 1999

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autorin:

Dr. Françoise Manfrass-Sirjacques
132^{bis}, rue Tahère
F-92210 St. Cloud
Telefon: ++33-1-49.11.13.67

ISBN 3-933293-14-6

DM 12,00

Zusammenfassung

1. Die im Januar 1996 vom neu gewählten Staatspräsidenten verkündete Reform der Streitkräfte und insbesondere der angekündigte Übergang zur Berufsarmee waren nicht nur eine Überraschung für die europäischen Partner und nicht zuletzt für die Bundesrepublik; sie lenkten auch den Blick auf Frankreichs allgemeine sicherheitspolitische Zielsetzungen und Vorstellungen.
2. Die umfangreiche Armeereform und die sie begleitende Reform des Rüstungssektors konkretisieren die schon durch das neue Weißbuch des Jahres 1994 eingeleitete Anpassung der Sicherheitspolitik an die neuen Gegebenheiten der Ära nach dem Kalten Krieg. In der neuen Konzeption betont die französische Regierung ihre Sichtweise, Frankreich müsse seine vielschichtigen Interessen auf neue Weise wahrnehmen. Sie reichen von der Verteidigung des Landes bis hin zu den globalen Verpflichtungen als Ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates. Diese umfassende Interessenbestimmung mit dem Schwerpunkt auf einer weltweiten militärischen Einsatzfähigkeit rückt zum zentralen Konzept einer Sicherheitspolitik auf, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht mehr darauf ausgerichtet ist, eine unmittelbare Bedrohung abzuwehren.
3. Für die sicherheitspolitische Strategie ab Mitte der 90er Jahre stand die amerikanische Supermacht mit ihrer Fähigkeit Modell, rasch und überall intervenieren zu können. Der Erwerb der „Kräfteprojektionskapazität“ steht deshalb im Mittelpunkt der Reform der Streitkräfte. Sie tritt gleichsam an die Stelle der Nuklearkapazität, sowohl als Instrument der nun vorwiegend an der Wahrnehmung von nationalen Interessen orientierten Sicherheitspolitik als auch als Legitimation der Absicht, eine Weltmachtrolle zurückzugewinnen.
4. Mit der angestrebten Fähigkeit zur weltweiten Intervention signalisiert Frankreich eine Umkehrung der bisherigen (sicherheits-)politischen Prioritäten. Während die nur noch hypothetische Verteidigung des europäischen Kernlands weitgehend den traditionellen Sicherheitsstrukturen überantwortet wird, strebt Frankreich die Rolle einer Weltordnungsmacht an. Wenn sich auch Frankreich in der Wahrnehmung seiner Interessen den Alleingang ausdrücklich vorbehält, wird der Rahmen der Interventionsstrategie immer wieder als in erster Linie „multinational“ definiert. Die NATO, die WEU und ad hoc-Koalitionen werden dafür genannt. Die neuartigen Herausforderungen und Konflikte dieser Welt sind in der Tat kaum im Alleingang zu regeln und die Weltordnungsmachtrolle kann nicht allein wahrgenommen werden. Die Armeereform zielt deshalb darauf, aus den Streitkräften nicht nur eine schlagkräftige Interventionskapazität zu schaffen, sondern ihnen auch die Interoperabilität und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit verbündeten Streitkräften zu verleihen.
5. In seinen Bestrebungen und Ambitionen, Europa als Weltmacht aufzubauen, die mit der amerikanischen Supermacht gleichziehen könnte, gerät aber Frankreich erneut in einen grundsätzlichen Konflikt mit den USA und bringt die transatlantischen Beziehungen in neue Turbulenzen. Für das von Paris in seinen zwei Varianten – außerhalb des Bündnisses (Mitterrand) und innerhalb der Allianz (Chirac) – verfolgte Konzept einer europäischen strategischen Autonomie konnte Frankreich nicht die Unterstützung seiner europäi-

schen Partner finden. Wenn auch ein Konsens über einen Ausgleich zwischen Europäern und Amerikanern in der Allianz (Stichwort: Europäisierung) herrscht, schreckt wiederum u.a. der kaum verborgene französische Anspruch auf die Führungsrolle die Verbündeten im europäischen „Pfeiler“ davor ab, damit wirklich Ernst zu machen. Das würde erst recht gelten, wenn Deutschland als Gegenleistung für seine Unterstützung der französischen Pläne an diese Führungsrolle assoziiert werden sollte.

6. Die Interessenbezogenheit als Grundlage einer Sicherheitspolitik, die zur Durchsetzung machtpolitischer Zielsetzungen beitragen könnte, schafft vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik neue Spannungsfelder mit den europäischen Partnern. Entweder schafft sie die Grundlage für eine tendenzielle Renationalisierung der französischen Außenpolitik – vor allem in der Wahrnehmung von Machtinteressen –, oder es werden umgekehrt die französischen als europäische Interessen definiert und die Unterstützung der Partner als Meßlatte ihres Integrationswillens deklariert. Die GASP könnte dabei unversehens zum Appendix der französischen Außenpolitik degenerieren. Es liegt freilich an den europäischen Partnern zu definieren, ob allein die Machtprojektionskapazität Frankreich zur Führungsrolle qualifiziert oder ob andere Prioritäten gesetzt werden.
7. Frankreichs neue Sicherheitspolitik berührt nicht nur seine Fähigkeit, sich in eine europäische Verteidigung einzufügen und, gesetzt den – allerdings höchst hypothetischen – Fall, seinen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu leisten. Sie tangiert auch die Definition der Aufgaben und der Struktur der Bundeswehr. Kann die Hauptaufgabe der Bundeswehr – wie bisher – die Bündnis- und Landesverteidigung bleiben, oder wird eher, im Sog der französischen Optionen und einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, der Druck auf Bonn verstärkt, seine Streitkräfte auf eine Interventionskapazität auszurichten? Schon die im Weißbuch ausgeführten „Einsatzszenarien“ lassen keinen Zweifel daran, daß Paris hauptsächlich an Interventionen außerhalb Europas denkt und im Rahmen der europäischen Einigung dabei auf den aktiven Beistand seiner Partner spekuliert.
8. Die französischen Bestrebungen sind bislang gescheitert und haben Paris erneut isoliert. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß Frankreich ohne weiteres auf seine Ambitionen verzichtet. Wahrscheinlicher ist, daß Paris auf günstigere Umstände wartet und seine Partner, nicht zuletzt Deutschland, weiterhin für sich zu gewinnen versucht. In dem Maße aber, in dem eine konsensfähige Vorstellung der künftigen Rolle Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik und seiner Beziehungen zu den Vereinigten Staaten weiterhin ausbleibt, ist eine europäische Außenpolitik im Spannungsfeld konträrer Bestrebungen gefangen und schließlich zur Lähmung verurteilt.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Die Zielsetzungen der französischen Sicherheitspolitik: Das Verteidigungsweißbuch 1994	3
2.1	Das Weißbuch: Bedrohungsanalyse	4
2.2	Das strategische Konzept der „Machtprojektionskapazität“	5
3.	Die politischen Optionen Frankreichs	6
3.1	Das Auspielen der WEU gegen die NATO	7
3.2	Erneuter Hegemonialkonflikt mit den USA	8
3.3	Die Suche nach einer europäischen Machtbasis	9
3.3.1	<i>Die bevorzugte Option: Paris-Bonn</i>	11
3.3.2	<i>Die Reserveoption: Paris-London</i>	13
3.3.3	<i>Die Südschiene</i>	15
3.4	Die Grenzen des französischen Handlungsspielraums	17
3.5	Frankreichs neue Bündnispolitik des „Wandels durch Annäherung“	18
3.6	Die Kontrolle der europäischen Sicherheitsstruktur als bleibendes Ziel	20
3.7	Paris pokert und scheitert	21

3.8	Das „Gemeinsame Konzept über Sicherheit“ oder die Fortsetzung der deutsch-französischen Mißverständnisse	24
3.9	Der französisch-amerikanische Konflikt und die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur	25
4.	Die Mittel	27
4.1	Die Armeereform	28
4.2	Die Reform der Rüstungsindustrie	31
4.3	Der budgetäre Rahmen	34
5.	Schlußfolgerungen	36

1. Einleitung

Länger als alle anderen westlichen Staaten hielt Frankreich an den Verteidigungskonzepten aus der Zeit der Ost-West-Konfrontation fest. Paris hatte Schwierigkeiten damit, sich in die neue europäische Konstellation einzufügen. Man fürchtete einen Bedeutungsverlust des Nuklearstatus, der Frankreichs Sonderstellung im Bündnis sowie seinen Führungsanspruch in der europäischen Gemeinschaft begründet hatte. Doch gleichzeitig schien der Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung Frankreich die Gelegenheit zu geben, an die unerfüllten gaullistischen Visionen anzuknüpfen, die Rolle einer Großmacht zurückzugewinnen und seine Interessen weltweit wahrzunehmen.

Eine Anpassung der quasi ausschließlich für einen Konflikt in Europa erarbeiteten Konzepte und des militärischen Instrumentariums an die neue Lage war unausweichlich. Das 1994 erschienene Weißbuch, das die zwar in der Praxis bereits überholte, auf der Ebene der Militärdoktrin jedoch noch gültige Ausgabe aus den 60er Jahren ersetzte, sollte nun den neuen Herausforderungen und Ambitionen Rechnung tragen. Die vom Weißbuch eingeleitete, dann durch die Armeereform vollzogene Zäsur stellt vor allem einen gedanklichen Bruch mit der vorangegangenen Periode dar. Der Leitfaden der neuen Sicherheitspolitik ist nicht mehr die Abwehr von Gefahren und Bedrohungen, sondern die Wahrnehmung von Interessen – und zwar solchen einer Weltmacht. Die neue Struktur der Streitkräfte soll vor allem diesem Anspruch Genüge tun. Rechnung getragen wird ebenfalls der Tatsache, daß der Nuklearstatus, der zur Zeit des Ost-West-Konflikts einen Machtanspruch legitimierte, nun nicht mehr genügt, um die Weltordnungsmachtrolle zurückzugewinnen. Anstelle dessen tritt die Fähigkeit zur weltweiten Machtprojektion.

Die Rückgewinnung der Weltmachtrolle, die kaum noch im Alleingang wahrgenommen werden kann, erfordert nicht nur die Fähigkeit, verstärkt mit anderen Streitkräften zu kooperieren – was ebenfalls durch die Armeereform intendiert wird –, sondern auch die Schaffung von Strukturen, die es Frankreich ermöglichen, politisch und strategisch seinen Anspruch zu verwirklichen. Das Konzept einer europäischen strategischen Autonomie mit dem „dahinterstehenden Anspruch auf eine Führungsrolle“¹ erscheint deshalb als die logische Konsequenz der französischen Ambitionen. Doch ist und bleibt ein solches Konzept bei den europäischen Partnern nicht unumstritten. Überdies fühlt sich die Bündnisvormacht USA durch die französischen Bestrebungen herausgefordert.

Wie in der gaullistischen Zeit versuchte Frankreich, verschiedene Schienen zu befahren, die Partner auszutauschen und sich Reserveoptionen offen zu lassen. Dabei mußte es aber erfahren, daß sein Handlungsspielraum sowohl gegenüber den europäischen Partnern als auch gegenüber der amerikanischen Bündnisvormacht begrenzt ist. Nicht zuletzt weil die französischen Bestrebungen, die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit zu erweitern, dazu

1 K. Forster, Perspektiven deutsch-französischer Rüstungskoooperation, in: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr. 10, April 1998, S. 3.

führten, die europäischen Partner – allen voran die Bundesrepublik – in einen sich zuspitzenden Konflikt mit Washington einzubeziehen und schließlich drohten, Frankreich zu isolieren, scheiterte Paris immer wieder.

Eine fundamentale Revision der neo-gaullistischen Zielsetzungen seines Vorgängers Mitterrand war nach der Präsidentschaftswahl des Jahres 1997 vom Gaullisten J. Chirac nicht zu erwarten. Wenn dieser auch versuchte, die Initiative zurückzugewinnen, um aus der blockierten Situation der ausgehenden Ära Mitterrand herauszukommen, blieb es aber schließlich nur bei der Fortsetzung derselben Politik mit anderen Mitteln. Chiracs neuer Ansatz und seine Politik des „Wandels durch Annäherung“ gegenüber dem Bündnis verfolgten weiterhin das Ziel, die Kontrolle über die europäischen Sicherheitsstrukturen zu erlangen.

Ist nun Frankreichs Spielraum nach dem Fehlschlag seiner Europäisierungsbemühungen ausgeschöpft? Hat Paris noch verbleibende Optionen zur Verwirklichung seines Konzepts oder driftet es erneut in die Isolierung ab? Wie spannend auch immer diese Frage ist, im Rahmen dieses Reports können nur die Faktoren skizziert werden, die Frankreichs Handlungsspielraum determinieren. Dazu zählen die Bereitschaft der europäischen Partner, Frankreich in seinem Vorhaben zu unterstützen, genauso wie die französische innenpolitische Konstellation, die nach den Parlamentswahlen von 1997 wenig Raum für große Würfe läßt. In diesem Zusammenhang stellt sich aber auch die Frage, ob Frankreich überhaupt über die Mittel für seine Ambitionen verfügt. Die Anpassung der Streitkräftestrukturen an die neuen Aufgaben ist kostspielig. Die aufgrund der Verknappung der öffentlichen Mittel notwendig gewordene Umstrukturierung des bisher staatlich verwalteten Rüstungssektors droht, durch die Einführung des Rentabilitätsprinzips in der Rüstungsproduktion die Beschaffungsprogramme von den staatlichen Zielsetzungen zu entkoppeln und dem Staat sein Steuerungsinstrument in der Verwirklichung seiner sicherheitspolitischen Prioritäten zu entziehen. Abgesehen von der Zurückhaltung der europäischen Partner, Frankreich auf seinem neo-gaullistischen Wege zu folgen, könnte die chronische Finanzknappheit ohnehin den französischen Führungsanspruch beschneiden.

Wenn sich auch der französische Handlungsspielraum als begrenzt erwiesen hat, bleibt die Bundesrepublik, nicht zuletzt wegen der deutschen Schlüsselposition im Dreieck mit Washington, für Paris der bevorzugte Partner und Hauptadressat der Initiativen zur Verwirklichung eines Konzepts der europäischen strategischen Autonomie. Paris kommt um Bonn nicht herum. Die französischen Versuche, den deutsch-französischen Bilateralismus in der Sicherheitspolitik durch eine Annäherung an Großbritannien oder an die mediterranen Länder zu ersetzen, scheiterten genauso wie die Bestrebungen Chiracs, durch eine Annäherung an Washington zum Hauptpartner der USA in Europa zu avancieren und die deutsche Stellung zu übernehmen.

Doch – wie zur Zeit des Ost-West-Konflikts und des französischen Sonderstatus in der NATO – schränken die antagonistischen Vorstellungen von Paris und Bonn über die atlantischen Beziehungen die Zusammenarbeit wieder ein. Noch ist ungeklärt, welche Rolle das von Paris als Hebel zur Aushöhlung der Bündnisintegration konzipierte „Eurokorps“ für die europäische Sicherheit zu spielen hat.

2. Die Zielsetzung der französischen Sicherheitspolitik: Das Verteidigungsweißbuch von 1994

Wesentlich mehr als alle anderen westlichen Länder hat sich Frankreich mit der Auflösung des Warschauer Pakts, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Verschwinden des Feindes schwer getan. Während die NATO relativ schnell ihre strategischen Konzepte der neuen Weltlage anpaßte, verweigerte sich Frankreich einer Korrektur. Alle großen Rüstungsprogramme, die zur Zeit des Kalten Krieges unter den Prämissen der Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen sowie der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) eingeleitet und in der Perspektive eines Konflikts in Mitteleuropa konzipiert worden waren – wie der Leclerc-Panzer, das Rafale-Kampfflugzeug und die nuklearstrategischen U-Boote –, wurden nicht nur beibehalten und fortentwickelt, sondern es wurden sogar noch neue Rüstungsprogramme in Gang gesetzt (AWACS, Transport- und Kampfhubschrauber, Lauschsatelliten etc.).

Als die noch existierenden Supermächte bereits ihre Arsenale verringerten, vergrößerte Frankreich erst recht seine eigenen Kapazitäten auf nuklearer Ebene. Die Zahl der Sprengköpfe pro Rakete wurde vergrößert, so daß Frankreich heute über 400 Sprengköpfe verfügt, während es vor zehn Jahren noch weniger als 100 besaß.

Eine ganze Reihe von realen oder vermeintlichen bzw. potentiellen Destabilisierungsfaktoren – der befürchtete Bedeutungsverlust des Nuklearstatus, die Angst vor einem Machtvakuum in Mitteleuropa, Vorstellungen über ein deutsches Abdriften bzw. über einen Aufstieg Deutschlands als neue Militärmacht, eine Restbedrohung aus dem Osten, der Konflikt mit dem Irak, die Balkankrise und schließlich der islamische Fundamentalismus – wirkten einzeln oder zusammengenommen im Sinne der Aufrechterhaltung eines Militärpotentials, das nach der Wende des Jahres 1989/90 einen Teil seiner Daseinsberechtigung verloren hatte.

Nach der Auflösung der bisherigen Bedrohung sollten neue Aufgaben eine Begründung für Rüstung und Militär schaffen, die sich jedoch kaum durch den Hinweis auf die Instabilitäten und Ungewißheiten der Post-Kalten-Kriegs-Ära begründen ließen. Die Wende in der Legitimation der Verteidigungs- bzw. Sicherheitspolitik vollzog schließlich das 1994 unter der Federführung des damaligen Verteidigungsministers F. Leotard herausgegebene neue „Weißbuch“.² Hervorstechend in diesem Weißbuch ist die Verabschiedung vom Konzept der Verteidigung zugunsten einer in den Dienst der weltweiten nationalen Interessen gestellten Sicherheitspolitik.

Solche Interessen, die im darauffolgenden „Loi de programmation militaire“³ schlichtweg „Machtinteressen“ (intérêts de puissance) genannt werden, werden ihrerseits sehr weiträumig mit „dem Rang Frankreichs in der Welt“ oder mit „seiner internationalen Verantwortung“ oder gar mit „seinem Nuklearstatus“ begründet.⁴ Dadurch ergibt sich als neue primäre

2 Livre Blanc sur la Défense, 1994, hg. v. Ministère de la Défense, 161 S. Als Arbeitsunterlage diente hier der vom Verteidigungsministerium herausgegebene Vorabdruck.

3 Siehe Loi de programmation militaire, 1995-2000, verabschiedet im April 1994.

4 Die Tatsache, daß die an Frankreichs „Nuklearstatus“ gebundenen Interessen im „Loi de programmation“ in der Kategorie der Machtinteressen subsummiert wurden, ließ einige Kommentatoren zu

Zielsetzung der nun in „Sicherheitspolitik“ umgetauften bisherigen „Verteidigungspolitik“ eine der amerikanischen Supermacht nachempfundene globale Zuständigkeit. Mit der angestrebten Fähigkeit zum Einsatz für weltweite Interessen verfolgt Frankreich die Rückgewinnung des während des Ost-West-Konflikts verlorenen Status einer Weltordnungsmacht.

2.1 Das Weißbuch: Bedrohungsanalyse

Wenngleich eine Restbedrohung aus dem Osten Europas noch lange nach dem Wendejahr 1989/90 die Aufrechterhaltung der nuklearen Aufrüstung und der dazugehörigen Konzepte legitimieren konnte, so muß das Weißbuch doch einräumen, daß eine massive Bedrohung aus dem Osten zwar nicht für alle Zukunft ausgeschlossen werden kann, aber in absehbarer Zeit doch unwahrscheinlich ist. Zwar verweist es auf die Rückkehr der Nationalismen sowie der Minderheiten- und Grenzfragen, die zu gefahrenträchtigen Versuchen einer territorialen Neugliederung führen und eine unmittelbare Bedrohung darstellen könnten. Doch muß es einräumen, daß die neuen Konflikte in den meisten Fällen kein nukleares Risiko beinhalten würden.

Nach dieser nicht absolut ausgeschlossenen, jedoch höchst hypothetischen Rückkehr einer massiven Bedrohung, die ohnehin nicht Frankreich allein, sondern ganz Europa betreffen würde, wendet sich das Weißbuch neuen Kategorien von möglichen Destabilisierungen zu. Genannt werden im allgemeinen die aus dem Gegensatz zwischen „reicher“ und „armer“ Welt bestehende Destabilisierungsgefahr sowie konkreter das Szenario „umfangreicher Migrationen und Flüchtlingsbewegungen“ aus dem Süden, insbesondere aus den Maghreb-ländern, etwa infolge einer Machtübernahme der Islamisten. Ferner verweist es auf Terrorismus, auch in seiner Variante des sog. „Staatsterrorismus“, und zwar nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem islamischen Fundamentalismus, der als die „stärkste Bedrohung“ identifiziert wird.

Vor dem Hintergrund einer möglichen Zuspitzung regionaler Konflikte im Mittleren und Nahen Osten wird überdies auf eine mögliche Bedrohung der Seewege und damit der Energiezufuhr hingewiesen. Schließlich werden die nukleare Proliferation sowie das Szenario einer nuklearen Erpressung als zusätzliche Bedrohungsfaktoren angeführt.

Alles in allem führt aber die Abwesenheit einer unmittelbaren Bedrohung dazu, Frankreichs Zuständigkeit für die weltweiten Krisenherde vom restriktiven Begriff der „Verteidigung“ zu befreien und sie stattdessen von einer Reihe von „Interessen“ abzuleiten, die – so der Politologe Alain Joxe – „eine Palette zwingender Interventionsgebote und -rechte“⁵ darstell-

dem Schluß kommen, daß die sog. „Interêts de puissance“ insgesamt „nuklearisiert“ werden könnten. Siehe hierzu: Loi de programmation militaire et missions nucléaires, in: Le débat stratégique, Nr. 14, Mai 1994, S. 1.

5 Vgl. Loi de programmation militaire et missions nucléaires, in: Le débat stratégique, a.a.O. (Anm. 4).

ten. Der ehemalige Verteidigungsminister Millon sah seinerzeit das Ziel der Sicherheitspolitik darin, Frankreich als „Großmacht zu erhalten“.⁶

2.2 Das strategische Konzept der „Machtprojektionskapazität“

Das neue strategische Gebäude muß nun um die Definition von Zuständigkeit und Einsatzszenarien „herumgebaut“ werden. In der Post-Kalten-Kriegs-Ära „ist der strategische Vorteil der französischen Nuklearkapazität obsolet geworden [...]. Die strategische Mutation [führt dazu], die Nuklearwaffen zweitrangig werden zu lassen und eine auf einer Berufsarmee beruhende Kräfteprojektionskapazität in den Vordergrund zu stellen“.⁷ Die globale Machtprojektionsfähigkeit ist das Instrument der globalen Interventionsstrategie.

Da in der neuen sicherheitspolitischen Doktrin der Einsatz durch die Verletzung von Interessen legitimiert wird, definiert das Weißbuch eine Triade von „Interessenssphären“, deren Berührung eine militärische Erwiderung impliziert. Wenn auch die „Triade“ an die alte „3-Kreise-Theorie“ aus der Zeit der Ost-West-Konfrontation erinnert, ist die globale Dimension der „Interessen“ hier neu. Vor allem bezieht sich die dritte Interessenssphäre auf eine Kategorie, die zur Zeit des Ost-West-Konflikts kaum wahrgenommen werden konnte. Diese drei „Interessenssphären“ sind

- 1) die Sphäre der „vitalen Interessen“ (eine massive Bedrohung des nationalen Territoriums),
- 2) die Sphäre der „strategischen Interessen“ (Europa und seine Peripherie insbesondere Mittelmeerraum und Mittlerer Osten sowie die weltweite Energieversorgung) und
- 3) die Sphäre der „nationalen Verantwortung“, d.h. Interessen, die mit „dem Rang Frankreichs in der Welt“ verbunden sind (Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, Nuklearstatus, Machtinteressen).

Die „Grenzen“ zwischen den verschiedenen „Sphären“ sind allerdings fließend und werden nicht im voraus festgelegt.

Wenngleich angesichts der fehlenden direkten Bedrohung die Wahrnehmung von Machtinteressen in den Vordergrund rückt und die Kräfteprojektionsfähigkeit ausdrücklich als prioritäre Zielsetzung definiert wird, kann der hypothetischen Rückkehr einer massiven Bedrohung gegen Frankreichs vitale Interessen nicht mit einer Interventionskapazität begegnet werden. Daraus resultiert, daß für jede „Interessenssphäre“ ein unterschiedliches strategisches Konzept definiert wird. Die strategische Palette erstreckt sich vom Festhalten an der gaullistischen Orthodoxie – in der Sphäre der vitalen Interessen – bis hin zur Interventionsstrategie – in der Sphäre der Machtinteressen.

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.3.1996.

7 A. Joxe, Processus de paix et projection de force, in: Le débat stratégique, Nr. 25, März 1996, S. 1.

Nebulös bleibt allerdings die Trennungslinie zwischen den „Interessen“, die nuklear verteidigt werden sollen, und den anderen, nicht „nuklearisierten“ Interessen.⁸ Die Unberechenbarkeit bleibt umso mehr Bestandteil der französischen Strategie, als diese nun – zumindest im Weißbuch – das herkömmliche Konzept der Nuklearstrategie mit dem neuen Konzept der Machtprojektion zu vereinbaren sucht.

3. Die politischen Optionen Frankreichs

Die französischen Bestrebungen, den Status einer Weltordnungsmacht zurückzugewinnen, reaktivierten zwangsläufig das Konkurrenzverhältnis zur amerikanischen Vormacht. Da Frankreich eine Weltmachtrolle kaum allein anstreben kann, braucht es dafür eine europäische Machtbasis, die es nur gewinnen kann, wenn es ihm gelingt, die amerikanische Vormachtstellung in Europa zurückzudrängen.

Bereits 1991/92 eskalierte die französisch-amerikanische Rivalität in einem offenen Konflikt, weil Frankreich gleichzeitig eine Beschränkung der Bündniskompetenzen und den Aufbau einer, mit der NATO konkurrierenden, europäischen Sicherheitsstruktur anstrebte. Zunächst versuchte Paris, eine Konsolidierung der NATO in Europa ebenso wie eine bereits vom Bündnis angestrebte Zuständigkeit außerhalb seines Vertragsgebiets zu verhindern. Dann versuchte es, sein Konzept einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik mit dem Aufbau einer autonomen europäischen Sicherheitsstruktur zu verwirklichen. Um die europäischen Partner, die es zu gewinnen galt, nicht zu verschrecken, hielt Frankreich jedoch mit seinen Plänen zurück. Paris gab vor, lediglich einen „europäischen Pfeiler“ in der Allianz anzustreben. Jedoch kam es durch die Debatte um die Standortbestimmung des besagten „Pfeilers“, den Paris „außerhalb“ der Allianz angesiedelt sehen wollte, sowie die „Out-of-Area“-Debatte und ferner die Gründung des „Eurokorps“ zu einem ständigen Tauziehen mit den USA, in das auch Deutschland involviert war.

In der Wahrnehmung einer Weltordnungsmachtrolle, die mit dem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat legitimiert wurde, war Paris jedoch durchaus bereit, mit dem Bündnis zu kooperieren – wie bereits auf dem Balkan –, und fand sogar – wenn auch jeweils *ad hoc* – wieder Zugang zu vor dreißig Jahren verlassenen NATO-Gremien. Die Ambivalenz der französischen Politik im Umgang mit dem Bündnis sorgte für Verwirrung bei den europäischen Partnern, da Frankreichs Konzepte und Zielsetzungen widersprüchlich erschienen.

Eine eigenständige europäische Sicherheitsstruktur und eine europäische strategische Autonomie, die eine Infragestellung der transatlantischen Bindungen implizierten, waren jedoch mit den europäischen Partnern nicht zu verwirklichen. Am Ende der Ära Mitterrand schien sich Paris resigniert mit der Wahrnehmung einer punktuellen Weltordnungsmachtrolle im Rahmen des Weltsicherheitsrats abzufinden und im übrigen bessere Zeiten abzuwarten.

8 S. z.B. hierzu: P. Chaigneau, Nucléaire: la révolution du rapport des forces, in: Le Figaro, 6.2.1996.

Nach dem Machtwechsel des Jahres 1995 zog der neue gaullistische Staatspräsident Chirac die Konsequenzen aus dem Scheitern seines Vorgängers. Um Frankreich aus seiner drohenden Isolierung herauszuführen, vollzog er eine radikale Umorientierung, ohne dabei auf die neo-gaullistischen Ambitionen zu verzichten. Eine europäische Autonomie sollte fortan nicht mehr durch den Aufbau einer mit dem Bündnis konkurrierenden Sicherheitsstruktur, sondern durch eine grundlegende Reform der Allianz verfolgt werden. Unter dem Stichwort der „Europäisierung“ setzte sich indes bald der Hegemonialkonflikt mit den USA fort. Zunächst versuchte Frankreich, eine autonome europäische Handlungsfähigkeit unter Nutzung der NATO-Mittel zu erlangen. Dann konzentrierte sich schließlich das französisch-amerikanische Tauziehen auf die Reform der Kommandostrukturen des Bündnisses.

3.1 Das Ausspielen der WEU gegen die NATO

Unmittelbar nach dem Wendejahr 1989/90 strebte Frankreich eine Umgestaltung der NATO-Strukturen an. Noch wurde eine Restbedrohung aus dem Osten sowohl infolge des weiterbestehenden Militärpotentials als auch aufgrund der politischen Instabilität wahrgenommen. Überdies erschien das Bündnis als Verankerungsstruktur für das neue Deutschland unerlässlich. Doch wünschte Frankreich eine Rückkehr zu einer klassischen, rein militärischen Allianz ohne jegliche politische Ambitionen und wollte vor allem den Abbau der integrativen Struktur erreichen, die als Instrument des US-Führungsmonopols angeprangert wurde.

Die vom Bündnis angekündigten politischen Ambitionen und seine Versuche, sich von seinen aus der Ära des Kalten Krieges stammenden Aufgaben zu emanzipieren und als Grundelement einer europäischen Sicherheitsarchitektur zu konsolidieren, wurden deshalb prompt als Versuche Washingtons gedeutet, seine Führungsrolle noch zu erweitern. Daraus ergab sich auch die französische Mißbilligung der Absicht der NATO, Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und zu Rußland aufzunehmen. Aus demselben Grund stand Frankreich einer Osterweiterung der NATO mehr als reserviert gegenüber; eine Haltung, die sich erst änderte, als die Erweiterung nicht mehr zu verhindern war.

Befreit von der Hypothek eines europäischen Konflikts sah Frankreich in der Umbruchsituation nun die Chance, an die gaullistischen Ambitionen von einst anzuknüpfen und die – aus Pariser Sicht – unter den neuen Prämissen obsolet gewordene amerikanische Vormachtstellung zurückzudrängen. Allerdings schien bereits 1990 eine Verständigung ausgeschlossen, da Paris maximalistische Forderungen für eine Reform des Bündnisses stellte: Abbau der Integration, Rückkehr zur reinen militärischen Allianz in Form eines Verbunds zwischen den USA und einer „autonomen“ europäischen Kapazität.⁹

9 Schon unmittelbar nach dem Wendejahr 1990 hatten Mitterrands Mitarbeiter Védérine und Musitelli das Konzept einer „autonomen“ (unabhängigen) europäischen Sicherheitsstruktur entwickelt, die sich um die WEU herausbilden sollte. Siehe u.a.: H. Védérine/J. Musitelli, *Les changements des années 1989-1990 et l'Europe de la prochaine décennie*, in: *Politique Etrangère*, Jg. 56, Nr. 1, 1991, insb. S. 171.

Fortan setzte Frankreich auf eine doppelte Strategie. Einerseits ließ Paris nichts unversucht, um jede Aufgabenerweiterung des Bündnisses, die ihm eine neue Legitimation verleihen könnte, zu verhindern. So sollte sich die NATO lediglich auf ihre angestammte Aufgabe aus der Zeit des Ost-West-Konflikts, die Verteidigung ihrer Mitglieder, beschränken. Paris lehnte eine Erweiterung der Bündniskompetenz „out-of-area“ entschieden ab. Gleichzeitig versuchte Frankreich, sein Konzept einer autonomen europäischen Sicherheitsstruktur in die Wege zu leiten. Es hoffte, mit Hilfe Deutschlands die WEU als Organ der Politischen Union von den europäischen Partnern anerkennen zu lassen.¹⁰ Die doppelte deutsch-französische Initiative von April und Dezember 1990 zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hatte die Weichen in Richtung einer europäischen „Identität“ auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik gestellt. Noch wagte sich Paris allerdings aus Furcht vor negativen Reaktionen der europäischen Partner nicht ganz aus der Deckung und ließ sein Konzept einer autonomen europäischen Struktur unter dem nichtssagenden Begriff von „Verteidigungsidentität“ firmieren.

Die Tatsache, daß die WEU – anders als das Bündnis – in ihrer Zuständigkeit an kein Vertragsgebiet gebunden ist, ließ Frankreich hoffen, die in der „out-of-area“-Problematik verstrickte NATO langfristig durch die reaktionsfähigere europäische Struktur ersetzen zu können. Die Verdoppelung der Sicherheitsstruktur durch den Aufbau der mit der EU verkoppelten WEU sollte noch durch die Herausbildung von parallelen und mit denjenigen des Bündnisses konkurrierenden Befehlsstrukturen fest verankert werden. Ziel dabei war es, langfristig die Bündnisintegration zu unterminieren.

3.2 Erneuter Hegemonialkonflikt mit den USA

Die französische „Eindämmungspolitik“ gegenüber der NATO – und die kaum kaschierten Versuche, diese regelrecht auszubooten – war jedoch nicht frei von Ambivalenzen. In dem Maße, in dem Frankreich bemüht war, schon jetzt eine Weltordnungsmachtrolle in Anspruch zu nehmen, war eine Kooperation mit dem Bündnis unausweichlich. Insbesondere auf dem Balkan blieb eine Zusammenarbeit nicht aus, obwohl Frankreich zunächst friedenserhaltende Interventionen des Bündnisses als „mit der Logik und der Organisation“ der NATO „nicht kompatibel“ strikt abgelehnt hatte. In Begründungsnot geraten, ließ Paris zwar wissen, daß die Zusammenarbeit keinesfalls „generellen“ Charakter habe, nur „von Fall zu Fall“ erfolge und daß es sogar lediglich um ein „taktisches Handeln“ gehe. Immerhin kehrte Frankreich aber trotz aller Abneigung gegen die integrative Struktur 1993 stimmbe-rechtigt in den Militärausschuß zurück – wenn auch nur in Angelegenheiten des Peace-Keeping.

Doch gleichzeitig führte Paris, so Le Monde, „eine Art Guerillakrieg, in dem es einzig und allein darum ging, an allen Fronten – NATO, KSZE, WEU – gegen den amerikanischen Einfluß zu Felde zu ziehen, welchen die Franzosen als den amerikanischen Willen zur He-

10 Vgl. H. Védrine/J. Musitelli, a.a.O. (Anm. 9).

gemonie begreifen“.¹¹ So hatte Paris zunächst versucht, den vom damaligen US-Verteidigungsminister Cheney initiierten Aufbau multinationaler Verbände zu verhindern. Der Versuch, die rasche Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe (Rapid Reaction Corps) der NATO durch den noch schnelleren Aufbau eines europäischen Verbands zu Fall zu bringen, war allerdings gescheitert. Zwar konnte sich Paris mit dem Ziel durchsetzen, daß Anfragen der KSZE bezüglich friedenserhaltender Maßnahmen an die einzelnen Mitgliedsstaaten und nicht an die NATO als Organisation gerichtet werden sollten, mußte aber die NATO-Zuständigkeit für solche Missionen schließlich akzeptieren.

Trotz aller Ambivalenz der französischen Bündnispolitik eskalierte aber bald der latente Konflikt mit Washington. Anlaß dazu bot die Lokalisierung des 1990 von Außenminister Dumas geforderten „europäischen Pfeilers“ in Gestalt der WEU. Zwar war Paris zunächst bemüht, den Standort des europäischen Pfeilers nicht allzu deutlich zu benennen, um „die atlantischen Empfindlichkeiten, die sich für die WEU eine Rolle ausschließlich innerhalb und zugunsten der Allianz vorstellen können, nicht zu verletzen“.¹² Paris fürchtete insbesondere, Bonn, dessen Unterstützung es im europäischen Rahmen brauchte, mit einer allzu deutlichen Benennung seiner Vorstellungen zu verschrecken, und wollte eher warten, bis „Deutschland bereit sein wird, sich gegenüber der Allianz zu emanzipieren“.¹³ Daß Frankreich jedoch „auf dem Weg zu einem autonomen Pfeiler [...] eine virtuelle Konkurrenzorganisation zum Bündnis schaffen“ wollte,¹⁴ blieb in Washington nicht unerkannt. Pentagon und NATO warnten wiederholt vor einer Verdoppelung der Sicherheitsstrukturen,¹⁵ und die „Washington Post“ apostrophierte Frankreich als „Feind Nr. 1“. Dieses wiederum bemühte sich, die europäischen Partner für sich und sein Konzept einer autonomen europäischen Sicherheitsstruktur zu gewinnen.

3.3 Die Suche nach einer europäischen Machtbasis

Wenn auch die französischen Zielsetzungen eindeutig waren, war man sich in Paris doch darüber im klaren, daß „die französische Karte“ nur vorsichtig gespielt werden könnte, weil in Europa die „Atlantiker“ in der Mehrheit seien.¹⁶ Paris konnte kaum allein vorgehen, weil die europäischen Partner dazu geneigt waren, in seinen Initiativen neo-gaullistische Bestrebungen zu wittern. Frankreich brauchte einen unverdächtigen Partner, auf den es sich stützen konnte, in der Hoffnung, die anderen würden sich dann anschließen.

Wenn auch der deutsch-französische Bilateralismus stets eine Vorreiterrolle in der Europapolitik gespielt hatte, besaß Frankreich im Prinzip auch immer die britische Option. Nach

11 Le Monde, 23.6.1992.

12 C. Tréan, Vers une nouvelle Europe, in: Politique Etrangère, Jg. 56, Nr. 1, 1991, S.89.

13 Ebenda.

14 F. Géré, L'Europe et l'Otan dans la stratégie américaine, in: Défense Nationale, Jg. 47, Aug./Sept. 1991, S.56, sowie Védérine/Musitelli, a.a.O. (Anm. 9).

15 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 9.3.1992, sowie Le Monde 26.5. und 10.3.1992.

16 Vgl. C. Tréan, a.a.O. (Anm. 12), S. 89.

der deutschen Wiedervereinigung hatte Frankreich, das seine bisherige Führungsrolle in Europa gefährdet sah und fürchtete, das größere und stärkere Deutschland würde bald zur neuen regionalen Führungsmacht aufsteigen, eine Annäherung an Großbritannien angestrebt. Die beiden nuklearen Mittelmächte hatten gemeinsame Interessen. Darüber hinaus verband sie eine ähnliche Angst vor einer neuen europäischen Ordnung, in der das wirtschaftlich stärkere Deutschland die Attribute der Führungsrolle zu besitzen schien. Doch war die Annäherung an Großbritannien nur von kurzer Dauer. Frankreich wollte im Gegensatz zu Großbritannien die europäische Einigung beschleunigen, weil es Deutschland in der europäischen Gemeinschaft fest verankert, ja angetaut sehen wollte und Bonn im Grunde mißtraute. Großbritannien dagegen setzte auf eine Lockerung des europäischen Integrationsprozesses. Zu gegensätzlich waren auch die jeweiligen Vorstellungen über die atlantischen Beziehungen.

Mag auch London der ideale Partner sein, weil sich mit Großbritannien das französische Konzept einer europäischen strategischen Autonomie besser als mit dem nicht-nuklearen Deutschland verwirklichen lassen kann, so stellten doch die antagonistischen Vorstellungen von Paris und London über die transatlantischen Beziehungen, die Rolle des Bündnisses und den Standort einer europäischen Sicherheitsstruktur ein unüberwindbares Hindernis dar. London begegnete dem französischen Streben nach einem europäischen Pfeiler und einer europäischen „Verteidigungsidentität“ mit äußerstem Mißtrauen und verdächtigte Frankreich (zu Recht!), die NATO mit einer Verdoppelung der Sicherheitsstrukturen aushebeln zu wollen.¹⁷ London trat zwar auch für den Aufbau der WEU als Trägerstruktur der sogenannten „Europäischen Dimension“ ein, wollte diese jedoch innerhalb des Bündnisses angesiedelt sehen. Frankreich und Großbritannien befanden sich in quasi allen Fragen, die eine Kompetenzerweiterung des Bündnisses betrafen – bis auf die Frage der NATO-Osterweiterung, die beide, allerdings aus gegensätzlichen Gründen verwarfen¹⁸ – in einem unüberwindbaren Dauerkonflikt.

So blieb schließlich Deutschland. Nach der kurzen Episode der Annäherung an Großbritannien hatte sich Mitterrand für die Fortsetzung des deutsch-französischen Bilateralismus als Motor einer beschleunigten europäischen Einigung entschieden. Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik wußte zwar Frankreich, welchen Stellenwert die transatlantischen Beziehungen in Bonn besaßen. Doch hoffte man, daß Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, nun von seiner Sicherheitsproblematik befreit, sich von den transatlantischen Bindungen „emanzipieren“ würde.¹⁹ Frankreich, das mit der Entscheidung zur Fortsetzung des Bilateralismus Deutschland eine Art „Partnership in Leadership“ zur Konsolidierung der eigenen Führungsrolle angeboten hatte, spekulierte auf eine Bereitschaft Bonns, sich zu einer Abkehr von seinen transatlantischen Verbindungen verleiten zu lassen. Würde der Bi-

17 Nicht zuletzt um die Zuständigkeit der WEU hatte sich eine heftige Kontroverse zwischen Paris und London entfacht. Um eine Konkurrenz zum Bündnis zu verhindern, wollte Großbritannien eine Zuständigkeit der WEU nur „Out-of-Area“ zulassen.

18 Großbritannien lehnte eine Osterweiterung der NATO deshalb ab, weil es eine Schwächung des Bündnisses fürchtete. Frankreich fürchtete umgekehrt eine Konsolidierung der amerikanischen Vormachtstellung.

19 Vgl. C. Tréan, a.a.O. (Anm. 12).

lateralismus auch hier seine Motorrolle spielen, dann würden sich die übrigen europäischen Partner wahrscheinlich schnell dem gemeinsamen Vorgehen anschließen.

3.3.1 Die bevorzugte Option: Paris-Bonn

Da die deutsch-französischen Bestrebungen, die WEU zu einem Organ der EU zu machen und damit ihre Zuständigkeit für die europäische Sicherheit institutionell zu verankern, schon im Vorfeld der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag am britischen Widerstand gescheitert waren, ging es Frankreich nun darum, sein Konzept einer autonomen europäischen Sicherheitsstruktur auf anderen Wegen zu verwirklichen.

Die zur Armeekorpsstärke aufgestockte deutsch-französische Brigade – nun „Eurokorps“ umgetauft – sollte der erste Baustein einer europäischen Verteidigungskapazität werden. Chiracs Berater P. Lellouche hatte deutlich genug geschrieben, was eigentlich von französischer Seite mit der Schaffung des Eurokorps beabsichtigt war. Wenn er auch zunächst vorsichtig versuchte, mögliche Vorbehalte von europäischer Seite zu entkräften, indem er betonte, daß es nicht darum gehe, „einen neuen Fouchet-Plan hervorzubringen und die WEU oder gar die EG dazu zu benutzen, Deutschland abermals aus der NATO herauszuziehen und mit ihm ein von den USA abgetrenntes Gebilde zu schaffen“, war die Zielsetzung unmißverständlich: „Wenn sich die deutschen Verbände den Status der nicht integrierten französischen Streitkräfte zu eigen machen und sich infolgedessen von der militärischen Struktur des Bündnisses entfernen, und wenn sich andere dem Korps später anschließende Verbände auch noch von den Bündnisstrukturen entfernen würden, könnte das mittelfristig nur das Sterben der Integration bedeuten“.²⁰

Mit dem Eurokorps – frohlockte die Tageszeitung *Le Monde* – könne nun Frankreich nach und nach die Integration aushöhlen²¹ und dank der so initiierten Dynamik auf kürzere oder längere Sicht den harten Kern der bündnisbedingten Vorbehalte seiner Partner verringern.²²

Noch waren die künftigen Aufgaben des Eurokorps unbestimmt und vor allem sein Verhältnis zum Bündnis im Krisenfall alles andere als geklärt, als der Konflikt mit Washington – das aus guten Gründen annehmen durfte, daß es Ziel des Vorhabens sei, „die WEU als rivalisierende Struktur zur NATO zu nutzen“²³ – erneut eskalierte.

Das Mißtrauen Washingtons wurde zusätzlich durch die Bonner Unterstützung der französischen Pläne genährt. Offiziell konnte zwar Außenminister Kinkel den „NATO stärkenden Charakter“ des Eurokorps²⁴ insofern begrüßen, als der französische Verteidigungsminister Joxe zunächst erklärt hatte, das Eurokorps sei nicht dazu bestimmt, eine „europäische Armee“ zu bilden und solle im Konfliktfall dem NATO-Oberkommando unterstellt werden.²⁵

20 P. Lellouche, *L'option du pôle européen de défense*, *Le Figaro*, 8.4.1991.

21 Vgl. C. Tréan, *Mêlée transatlantique*, *Le Monde*, 23.6.1992.

22 Vgl. P. Servent, *La métamorphose de l'UEO*, *Le Monde*, 23.6.1992.

23 J.L. Motchane/G. Rozier, *Le Monde Diplomatique*, April 1992, S. 18.

24 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.6.1992.

25 Vgl. P. Servent, a.a.O. (Anm. 22).

Es war aber kein Geheimnis, daß an sich größere Verbindlichkeit von Pierre Joxe gegenüber dem Bündnis stets am übergeordneten Veto Mitterrands scheiterte. Überdies hatte Außenminister Dumas, der Mitterrand viel näher stand, bereits in Washington erklärt, daß die europäischen Verbände in ihrem Verhältnis zum Bündnis den Status der französischen Streitkräfte seit 1966 haben sollten.²⁶

Während in Paris angesichts der „bewußt sehr vage formulierten“ Einsatzbedingungen des Korps²⁷ schon von einer beinahe mandatsfrei operierenden, weltweiten Interventionskapazität fabuliert wurde,²⁸ kristallisierten sich die trilateralen Spannungen um die Frage, in welchem Rahmen das Eurokorps im Konfliktfall eingesetzt werden sollte. Frankreich weigerte sich bei einem Einsatz in Europa, das Prinzip einer Unterstellung unter die NATO zu akzeptieren („out-of-area“ sollte das Korps der WEU/EU unterstellt werden).

Während Bonn nun versicherte, Frankreich wieder an die NATO heranzuführen zu wollen und die USA in ihm den Antreiber zur Zerstörung der NATO sahen (Außenminister Baker fragte abrupt seinen französischen Kollegen: „Sind Sie für oder gegen uns?“), drohte der Konflikt, Frankreich erneut in die Isolierung zu führen. Selbst in französischen Fachkreisen wurde Kritik laut. So schrieb G. Robin, ehemaliger französischer NATO-Botschafter: „Der Gedanke der europäischen Verteidigung folgt eher unbewußten Regungen als Sachargumenten, eher einem Machttraum als einem Sicherheitsbedürfnis. Er bringt den uneingestanden Wunsch zum Ausdruck, aus Europa einen Militärblock zu machen, eine den USA ebenbürtige Supermacht, die in der Lage ist, die Weltpolitik zu bestimmen.“²⁹ „Klar ist,“ – urteilte ebenfalls der Politologe G. Parmentier – „daß die Verstärkung der WEU [...] keinesfalls aufgrund sicherheitspolitischer Überlegungen gerechtfertigt werden kann.“³⁰

Da Bonn wiederum keinen zunehmend eskalierenden Konflikt mit Washington riskieren wollte, blieb es Verteidigungsminister Rühle vorbehalten, den Rückzieher zu machen. Es gebe keinen politischen Konsens für eine Ausgrenzung Amerikas aus der europäischen Politik und für den Aufbau einer europäischen Streitmacht zusätzlich zur NATO, erklärte er in Paris.³¹ Es folgte im Dezember ein deutsch-französisches Memorandum an den NATO-Rat, dem zufolge das Korps nun sowohl im Verteidigungsfall als auch für friedenserhaltende Missionen prinzipiell SACEUR unterstellt werden sollte. Allerdings kann das Eurokorps friedenserhaltende Missionen gegebenenfalls auch unter WEU-Hoheit wahrnehmen.

26 Siehe hierzu P. Lellouche, *Le corps franco-allemand et l'avenir de la défense européenne*, *Le Figaro*, 24.7.1992.

27 H. Bresson/C. Tréan, *Paris et Bonn protestent de leur fidélité à l'OTAN*, *Le Monde*, 22.5.1992.

28 Musitelli: „Zwar gibt man in Paris zu, daß gegenwärtig [...] Europa die nötige Legitimation nicht besitzt, ohne UNO-Mandat zu intervenieren. Wir sind aber erst am Anfang.“ Zitiert in: Bresson/Tréan, *Ebenda*.

29 G. Robin, *Un concept en quête de substance: la défense européenne*, in: *Défense Nationale*, Jg. 51, März 1995, S. 89ff.

30 G. Parmentier, *L'Union de l'Europe occidentale*, in: *Relations internationales et stratégiques*, Nr. 18, Sommer 1995, S. 102.

31 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.9.1992

Dementsprechend verringerte sich auch zunächst das französische Interesse am Eurokorps. Der Pariser Figaro kommentierte: „In Paris ist Pragmatismus angesagt. Da Deutschland noch nicht über genügend Handlungsfreiheit verfügt, um seine Bindungen zur NATO zu lockern, hat es keinen Sinn, große Umwälzungen in Gang zu setzen. Besser ist eine Politik der kleinen Schritte [...]“.³²

Paris hielt aber bereits Ausschau nach einer Reserveoption für seine keinesfalls aufgegebenen Zielsetzungen. Begünstigt wurde dies durch die Ernennung E. Balladurs zum Premierminister nach den französischen Parlamentswahlen von 1993. Als Gaullist stand er ohnehin einer allzu ausschließlichen Achse Paris-Bonn eher skeptisch gegenüber und wollte nicht zuletzt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik das Gewicht Bonns ausbalancieren. In seiner sog. „Kreise-Theorie“, wonach Frankreich eine Art „Balance-of-Power“-Politik im europäischen Raum praktizieren sollte, hatte er bereits auf Reserveoptionen hingewiesen, die Paris ermöglichen sollten, seine Zielsetzungen mit verschiedenen, quasi austauschbaren Partnern zu verwirklichen. Folglich strebte Frankreich erneut eine Annäherung an Großbritannien an.

3.3.2 Die Reserveoption: Paris-London

Zunächst war im Januar 1994 auf dem Brüsseler NATO-Gipfel die Entscheidung getroffen worden, den europäischen Mitgliedern Zugriff zur Infrastruktur des Bündnisses zu verschaffen, wenn sie im Rahmen der WEU ohne die Amerikaner aktiv werden wollten. Dies war ein Schritt in Richtung einer europäischen Autonomie im internationalen Krisenmanagement. Auch wenn Verteidigungsminister Léotard die vorgesehenen „Combined Joint Task Forces“ (CJTF) außerhalb der integrierten Bündnisstruktur angesiedelt sehen wollte,³³ begrüßte Mitterrand die Entscheidung, wobei er dennoch unterstrich, daß damit keineswegs der „Endpunkt“ erreicht sei.³⁴ Balladur betonte die damit intendierte Aufwertung der WEU, wodurch die eigenständigen Interventionen der Europäer den „Charakter der Subsidiarität“ verlieren würden. Da er sich gleichzeitig zum „europäischen Pfeiler“ der Allianz bekannte, die „ein wesentlicher Faktor für die Sicherheit unseres Kontinents“ bliebe,³⁵ war eines der Haupthindernisse für eine Annäherung an Großbritannien aus dem Weg geräumt. Daß Balladur allerdings die Herausbildung einer „wirklichen europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ nicht völlig aus dem Auge verloren hatte und Paris unterdessen seinen Grabenkrieg mit dem Bündnis fortsetzte,³⁶ blieb zunächst zweitrangig.

32 C. Lambroschini, Balladur: l'urgence franco-allemande, Le Figaro, 26.5.1994.

33 Vgl. Le Monde, 26.5.1994.

34 Vgl. Le Monde, 11.1.1994.

35 E. Balladur, La défense en question, in: Défense Nationale, Jg. 50, Juli 1994, S. 8.

36 So wollte Verteidigungsminister Léotard die bereits geplanten „Combined Joint Task-Forces“ außerhalb der integrierten Struktur angesiedelt sehen. Frankreich lehnte hartnäckig ab, die im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden vorgesehene Planungszelle dem NATO-Oberbefehlshaber Europa zuzuordnen und forderte statt dessen, diese einem unabhängigen Direktor zu unterstellen, der allein mit dem NATO-Rat verkehren würde. Schließlich wollte Balladur den „Primat des atlantischen Rats“ in der Allianz anerkannt sehen.

Auch vermochten die britisch-amerikanischen Spannungen über politische Zielsetzungen und militärisches Vorgehen im ehemaligen Jugoslawien zugunsten einer Annäherung zu wirken. Aus französischer Sicht sollten nicht zuletzt die Interessenkonvergenz auf dem Balkan und die Reibungen in der „special relationship“ London zugänglicher für die Forderung nach einem rein europäischen Sicherheitssystem machen. Gerade das amerikanische Zögern auf dem Balkan vermochte dem französischen Argument Gewicht verleihen, ein tendenzielles amerikanisches „Disengagements“ würde sich künftig negativ auf die NATO-Bereitschaft auswirken, friedenserhaltend zu intervenieren. Statt Juniorpartner der sich aus dem Engagement zurückziehenden US-Führungsmacht nun Führungspartner einer europäischen Kapazität, so lautete die Botschaft.

Schließlich wirkte auf französischer Seite zugunsten einer erneuten Annäherung an Großbritannien der von Balladur verkündete Wille, in der Europapolitik zu einer Balance-of-Power-Politik zurückzukehren und von der mitterrandistischen Exklusivität des deutsch-französischen Bilateralismus Abschied zu nehmen. Vordergründig zielte das – als Antwort auf das „Schäuble-Lamers-Papier“ von 1994 vorgetragene – „Kreise“-Modell der Zusammenarbeit darauf, Gegengewichte zu schaffen, die Frankreich Spielräume ermöglichen und mehr Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland sichern sollten. Paris sah – nicht zuletzt im Hinblick auf eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ – seine Abneigung gegen den von Bonn propagierten föderativen Ansatz und seine Präferenz für die intergouvernementale Ebene bei Großbritannien besser aufgehoben.

Die Annäherungsversuche konkretisierten sich am 18.11.1994 beim französisch-britischen Gipfeltreffen von Chartres. Nach dem Eurokorps-Modell wurde die Schaffung einer französisch-britischen Luftwaffengruppe – „Euro-Air-Group“ genannt – vereinbart, deren Aufgabe die technische Zusammenarbeit bei gemeinsamen Einsätzen in Friedensmissionen im EU/WEU/UNO-Auftrag, und zwar insbesondere in Europas peripheren Regionen (etwa Bosnien) oder außerhalb Europas (Ruanda), sein sollte. Im Rahmen einer „interafrikanischen“ Interventionskapazität wurde ebenfalls die Verkoppelung der französischen schnellen Eingreiftruppe (FAR – Force d'Action Rapide) mit den britischen Interventionsstreitkräften vorgesehen.³⁷

Zwar konnten gemeinsame postkoloniale ordnungspolitische Interessen zur Annäherung und Kooperation innerhalb der nun feierlich apostrophierten neuen „Achse Paris-London“ führen, doch mußte Frankreich feststellen, daß die Grenzen der Gemeinsamkeiten dann erreicht waren, wenn Frankreich versuchte, Großbritannien für eine Abkoppelung von der NATO zu gewinnen. Hatte der Pariser Figaro vor dem Hintergrund der vereinbarten Schaffung einer „Euro-Air-Group“ noch geschrieben: „Politisch wichtig ist, daß die Zusammenarbeit der Luftwaffen in einem strategisch relevanten Bereich, außerhalb des Anwendungsbereichs des Art. 5 des Washingtoner Vertrags, nun offiziell wird“,³⁸ so erwiesen sich dann die französischen Bestrebungen, im Rahmen einer bilateralen Kommission zu einem gemeinsamen Abschreckungskonzept als Träger einer europäischen Verteidigung zu gelangen, eher als Wunschvorstellung.

37 Vgl. J. Isnard, Paris et Londres renforcent leur coopération militaire, Le Monde, 19.11.1994.

38 P. Desaubliaux, Un axe Paris-Londres, Le Figaro, 18.11.1994.

Kaum drei Monate nach dem Gipfeltreffen von Chartres stellte Verteidigungsminister Riffkind in der Tat fest, daß Großbritannien sich nicht an den Bestrebungen, der WEU auf Kosten der NATO eine größere Rolle bei der europäischen Verteidigung zuzugestehen, beteiligen werde. Er plädierte vor allem für eine neue Atlantik-Charta zur Stärkung des Bündnisses und verwies die WEU lediglich auf Friedensmissionen, auf humanitäre Aufgaben und Rettungsoperationen.³⁹ Dies war entschieden zu wenig, um damit die von Frankreich angestrebte strategische Autonomie zu erreichen.

Da Premierminister Balladur Frankreichs Entschlossenheit unverdrossen bekräftigte, auf das Entstehen eines „Europas der Verteidigung“ hinzuarbeiten, und da Außenminister Juppé sich sogar über Balladurs Bekenntnis zum europäischen Pfeiler hinwegsetzte und erneut einer „autonomen militärischen Kapazität“ das Wort redete,⁴⁰ richtete sich nun das Augenmerk auf die südeuropäischen Staaten, jene sogenannte „Südschiene“, die vor allem seit dem Wendejahr 1990 eine immer wiederkehrende Alternativoption für die französische Europapolitik darstellt.

3.3.3 Die Südschiene

Bereits vor dem Hintergrund des Golfkriegs hatte der damalige Verteidigungsminister Chevènement versucht, an die einstige französische Mittelmeerpolitik anzuknüpfen,⁴¹ die unter den Prämissen der bipolaren Weltordnung in der Zeit des Kalten Krieges zum Stillstand gekommen war.

Nach dem Golfkrieg verstand es Frankreich, die vor allem finanziell motivierten Befürchtungen der südeuropäischen Länder angesichts künftiger EU-Osterweiterungen für sich zu nutzen, sich als deren Fürsprecher zu profilieren und die sog. „Südschiene“ als Instrument einer innereuropäischen Gleichgewichtspolitik einzusetzen.

Gleichwertig blieb aber für Frankreich das Ziel, gestützt auf die Südschiene, eine aktive Mittelmeerpolitik zu betreiben, was auch implizierte, die aus dem Kalten Krieg resultierende

39 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 1.2.1995.

40 D. Vernet, L'Europe, l'OTAN, Le Monde, 7.12.1995.

41 Die Suez-Krise von 1956 hatte mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der französische Handlungsspielraum im Mittelmeerraum unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts so gut wie nicht mehr vorhanden war. Nach seiner Rückkehr an die Macht 1958 und nach der Beendigung des Algerien-Krieges versuchte de Gaulle, mit Hilfe einer nun vom Ruch des Kolonialismus befreiten „politique arabe“ die Handlungsfähigkeit in der Mittelmeer-Region zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck verfügte er ein „renversement des alliances“, kündigte die bisher klare Unterstützung Israels auf und leitete eine Annäherung an die arabischen Länder der Region ein. Französische Waffenlieferungen an die arabischen Staaten vergifteten zusätzlich die gespannten Beziehungen zu Israel. Nach dem Rücktritt de Gaulles 1969 kam die „politique arabe“ nach und nach zum Erliegen. Sie war nicht nur in ein Spannungsfeld konträrer Interessen geraten, die Vorstellung einer eigenständigen französischen Mittelmeerpolitik in einer zur Zeit des Kalten Kriegs so sensiblen Region und die Rückgewinnung einer Einflußzone nicht zuletzt auf Kosten amerikanischer Interessen hatten kaum eine Chance zur Verwirklichung. Das Konzept einer „politique arabe“ und die mit ihr einhergehenden Vorstellung von erweiterter Handlungsmöglichkeit und Einflußnahme im Mittelmeerraum erschien jedoch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erneut als denkbare Option.

amerikanische Dominanz im Mittelmeerraum zurückzudrängen. Frankreich strebte deshalb danach, vor dem Hintergrund des im EG-Rahmen initiierten Dialogs mit den Mittelmeer-Anrainern der Sicherheitspolitik einen dem wirtschaftlichen Bereich ebenbürtigen Platz einzuräumen.

Nichts lag also näher, als sich nun jenen südeuropäischen Ländern anzunähern, die Balladur im Rahmen seiner „Kreise-Theorie der europäischen Zusammenarbeit“ bereits als Alternativoption zu Großbritannien genannt hatte, um mit ihnen die Verwirklichung einer „wahren europäischen Armee“ anzustreben,⁴² wie der Premierminister nun, befreit von der im Hinblick auf eine französisch-britische Annäherung selbst auferlegten Zurückhaltung, das Endziel bezeichnete.

Verteidigungsminister Léotard hatte in diesem Sinne die Schaffung europäischer Interventionskräfte gefordert, die einer europäischen Kommandostruktur unterstellt werden sollten. In der Tat beschloß die WEU-Ministertagung in Lissabon am 15.5.1995 – in Anlehnung an das Eurokorps und die Euro-Air-Group – die Einrichtung zweier gemeinsamer Heeres- und Marinekorps mit Spanien, Italien und Portugal. Erklärtes Ziel war es, mit „Euroforce“ zu Lande und „Euromarforce“ zur See der WEU schnelle Eingreiftruppen zur Verfügung zu stellen. In Florenz sollte ein multinationaler Generalstab an der Spitze von Euroforce geschaffen werden. Für Euromarforce dagegen waren keine eigenen Kommandostrukturen vorgesehen. Beide neuen Korps sollten für andere WEU-Staaten offen sein.

Doch wenn Frankreich – so *Le Monde* – in den zwei neugeschaffenen Korps gleich den neuen Bauteil einer „autonomen europäischen Verteidigung“⁴³ erkennen wollte, vermied es Italien prompt, Zweideutigkeit aufkommen zu lassen. Noch bei der WEU-Tagung sprach der italienische Verteidigungsminister Corcione von der „doppelten Dimension der WEU als europäischer Säule in der NATO und als bewaffneter Arm der EU“.⁴⁴ Verwunderlich war nur, daß Frankreich angenommen hatte, Italien, das sich stets gemeinsam mit Großbritannien gegen eine Schwächung des Bündnisses gestemmt hatte, könnte für eine „autonome“ europäische Verteidigung gewonnen werden.

Zwar gelang es Frankreich, bei der Mittelmeerkonferenz von Barcelona (November 1995) Washington den angestrebten Beobachterstatus vorzuenthalten, doch konnte es sich nicht damit durchsetzen, den sicherheitspolitischen Fragen einen wirklichen Platz neben der wirtschaftlichen Dimension einzuräumen. Da alle Alternativoptionen nun ausgeschöpft schienen, stellte man in Paris resigniert fest: „Von den ‚grands desseins‘ bleibt wenig übrig [...] Der Sicherheitskorb ist bisher virtuell geblieben. Eine gewisse Zahl von Europäern – wie Deutschland oder Spanien – behalten zwei Eisen im Feuer. Andere – wie Italien oder Großbritannien – wollen lieber die NATO und die amerikanische Vormachtstellung aufrechterhalten.“⁴⁵

42 E. Balladur: „Auch wenn die atlantische Solidarität weiterhin bestehe, ist es notwendig, darüber hinaus zu gehen. Ziel ist eine europäische Armee.“ *Le Monde*, 9.12.1994.

43 H. de Bresson, *L'Europe renforce sa capacité opérationnelle de défense*, *Le Monde*, 17.5.1995.

44 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.5.1995.

45 J.J. Kourlandsky, *Les enjeux de la coopération euro-méditerranéenne de Barcelonne*, in: *Relations internationales et stratégiques*, Nr. 20, Winter 1995, S. 56.

3.4 Die Grenzen des französischen Handlungsspielraums

Zwar hatte noch 1994 der Gaullist Ph. Séguin, damals Präsident der Nationalversammlung, der NATO attestiert, sie befinde sich in einer Schieflage und entspreche nicht mehr den Bedürfnissen der europäischen Sicherheit, und die Forderung folgen lassen, „etwas anderes an ihre Stelle zu setzen“.⁴⁶ Doch kam Frankreich mit seinem Anliegen nicht voran.

Der französisch-amerikanische Konflikt setzte sich ergebnislos auf den verschiedensten Ebenen fort. Auf dem Balkan tobte – Le Monde zufolge – „ein Krieg der Verdächtigungen zwischen französischen und amerikanischen Generalstäben“.⁴⁷ Die von Frankreich gewünschte europäische Autonomie im Krisenmanagement drohte, im Streit um die Verwirklichung der vom Brüsseler NATO-Gipfel initiierten Combined Joint Task Force (CJTF) zu versanden.

Ein neuer, wenn auch zunächst kaum nach außen getragener Konflikt mit den USA und auch mit Deutschland war vor dem Hintergrund der amerikanischen Bestrebungen, im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft mit den ehemaligen Ländern des Warschauer Pakts die osteuropäischen Länder einzubinden und die NATO nach Osten zu erweitern, im Umriß erkennbar. Die französische Einschätzung der Sicherheitspartnerschaft hatte sich zunächst auf die Frage beschränkt, ob diese „mit dem Aufstieg einer europäischen Verteidigungsidentität kompatibel“ sei.⁴⁸ Paris fürchtete, daß NATO und Kooperationsrat von den USA „dazu benutzt werden, den amerikanischen Einfluß in Ost- und Mitteleuropa mit Hilfe diplomatischer und militärischer Mittel zu erweitern“.⁴⁹ Zwar hatte Mitterrand die „Legitimität“ der Beitrittswünsche der mittel-osteuropäischen Länder unterstrichen, und Balladur hatte die „vermeintliche Konkurrenz zwischen den atlantischen und den europäischen Ansätzen“ kurzerhand als „überholt“ wegdefiniert, doch setzten sich die Divergenzen in den NATO- und WEU-Organen trotz dieser rhetorischen Glättungen fort.⁵⁰

Vor allem aber war Frankreich mit seinen Versuchen, eine eigenständige europäische Sicherheitsstruktur aufzubauen, in die Isolierung geraten. Treffend schrieb G. Robin: „Lieber keine europäische Armee als eine europäische Armee um den Preis eines Abbaus der NATO. So lautet der Grundsatz von elf der zwölf EU-Mitgliedsländer. Und man sieht nicht, warum [...] es sich ändern sollte.“⁵¹ „Wenn es über die Zielsetzungen der europäischen Konstruktion zwischen uns mangelnde Übereinstimmung gibt, dann ist es eine Illusion, unsere Außenpolitik auf diese Basis zu stellen“,⁵² schlußfolgerte G. Parmentier.

46 Vgl. Rede Ph. Séguins v. 20.1.1994, in: Défense Nationale, Jg. 50, April 1994, S. 12.

47 Le Monde, 23.11.1994.

48 Ch. Dvernicky, Du Pacte de Varsovie à l'élargissement de l'OTAN, in: Relations internationales et stratégiques, Nr. 18, Sommer 1995, S. 140.

49 A. Dumoulin, UEO-OTAN, complémentarité, subsidiarité ou rivalité, in: Relations internationales et stratégiques, Nr. 18, Sommer 1995, S. 106.

50 Ebenda S. 112f.

51 G. Robin, a.a.O. (Anm. 29).

52 Vgl. G. Parmentier, a.a.O. (Anm. 30).

Frankreich schien die Grenzen seines Handlungsspielraums erreicht zu haben. Sein Ziel, das eine Harmonisierung des Status der Europäer in der NATO voraussetze, könne Frankreich nur „entweder durch eine Anpassung der europäischen Verbündeten an das französische Modell oder durch die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Struktur erreichen“, hatte G. Robin seiner Diagnose noch hinzugefügt.⁵³

3.5 Frankreichs neue Bündnispolitik des „Wandels durch Annäherung“

„Ob wir es wollen oder nicht“ – schrieben Sicherheitspolitiker und führende Offiziere, die anonym bleiben wollten, Anfang 1996 in einer gemeinsamen Publikation – „die WEU kann sich nicht an die Stelle der NATO setzen [...]. Weder hat sie die Mittel dazu, noch hat sie die Unterstützung der Engländer [...] oder der Deutschen. [...] Nur im Rahmen der NATO haben wir eine Chance, die Entwicklung in Richtung eines europäischen Sicherheitssystems zu fördern. Nur wenn Engländer und Deutsche nicht fürchten müssen, daß [...] wir Europa gegen die Amerikaner aufbauen wollen, werden sie nach und nach das Konzept eines europäischen Pfeilers akzeptieren [...] Nur von innen und nicht von außen haben wir eine Chance, die NATO sich zu einer europäischen Verteidigung entwickeln zu lassen.“⁵⁴ Als J. Chirac am 8. Dezember 1995 die Rückkehr Frankreichs in den Militärausschuß sowie in den Ministerrat des Bündnisses ankündigte, urteilten quasi unisono „Le Monde“ und „Le Figaro“: Da der Ausbau der WEU als Träger einer europäischen Verteidigungsidentität aufgrund „insbesondere des englisch-amerikanischen Widerstands nicht zu dem erhofften Ergebnis“ geführt habe,⁵⁵ wolle nun Frankreich, „anstatt die NATO mit dem Aufbau der WEU allein von außen zu umgehen [...] das Bündnis von innen verwandeln“.⁵⁶ Selbst Mitterrands ehemaliger Berater H. Védrine sah in dem von Chirac eingeleiteten Kurswechsel die Fortsetzung der französischen Bestrebungen, wenn sich auch die Taktik geändert habe. Der Weg zur europäischen Autonomie führe – gleich dem Trojanischen Pferd – über die NATO.⁵⁷

Indes hatte die überraschende Kehrtwende, die ohnehin nur ein Gaullist einleiten konnte, den bisher weitgehend über die französischen sicherheitspolitischen Zielsetzungen herrschenden Konsens gebrochen. Nicht zuletzt die zwei früheren sozialistischen Verteidigungsminister, P. Quilès und J. P. Chevènement, prangerten die „Rückkehr“ in die NATO ohne Gegenleistung der USA an und bezweifelten, daß eine „europäische Sicherheitsidentität“ von innen her aufzubauen sei, da die Amerikaner aufgrund der fundamentalen Interes-

53 G. Robin, a.a.O. (Anm. 29).

54 Association pour les valeurs républicaines (Hg.), *La défense sans le mur*, Paris, 1996, 60 S. S. 28.

55 *Le Figaro*, 6.12.1995. Der Ur-Gaullist P.-M. de la Gorce schrieb dazu, daß die Entscheidung, in die militärischen Gremien des Bündnisses zurückzukehren, darauf zurückzuführen sei, daß „die Versuche der letzten Jahre, ein europäisches Verteidigungssystem voranzutreiben, gescheitert sind“. Vgl. P.-M. de la Gorce, *Retour honteux de la France dans l'OTAN*, *Le Monde Diplomatique*, Januar 1996.

56 Vgl. *Le Monde*, 7.12.1995.

57 Geäußerte Meinungen beim Kolloquium „Faut-il défendre l'Europe?“ in Paris, 27.1.1996.

sendivergenz mit Frankreich sich immer ein Vetorecht bewahren würden.⁵⁸ Auch herrschte die Befürchtung vor, daß schließlich die französische „strategische (nukleare) Autonomie“ bedroht werde. Schon nach der Veröffentlichung des Weißbuches war die Kritik geäußert worden, daß die Nachahmung des amerikanischen Modells einer globalen Interventionskapazität Frankreich dazu führen würde, sich quasi als Juniorpartner in die amerikanische Globalstrategie einzufügen.⁵⁹ Die Kehrtwende J. Chiracs wurde von den Kritikern als ein weiterer Schritt in diese Richtung gedeutet. Selbst im gaullistischen Lager wurde Kritik laut. J. Baumel u.a. äußerte ähnliche Befürchtungen über den Verlust des französischen Handlungsspielraums.⁶⁰

Erstaunlicherweise hielt sich jedoch die Kritik angesichts der Dimension der Wende und des Tabubruchs in Grenzen. Neben dem Überraschungseffekt und der Tatsache, daß die Altgaullisten schon aus Altersgründen in die Minderheit geraten sind, hatte wahrscheinlich die kurz vorher von J. Chirac angeordnete Wiederaufnahme der Atomtests zur Mäßigung der Kritik beigetragen. Wenn auch die wieder vorgeführte Nuklearherrlichkeit – in bewährter gaullistischer Manier – wahrscheinlich eher technische Gründe hatte, war sie – zumindest bezogen auf die Innenpolitik – ein Meisterwerk. Chirac hatte damit trotz weltweiter Proteste die französische Unabhängigkeit und Unbeugsamkeit demonstriert. Die Armee war zufrieden. Frankreich hatte der Verführung widerstanden, sich die Daten für spätere Computersimulationen von den Amerikanern aushändigen zu lassen. Wenn auch die französische Politik von einer neuen Isolierung bedroht war, wurde die Machtdemonstration zweifellos als Garantie für die Fortsetzung der gaullistischen Prioritäten interpretiert und bereitete gleichsam auch das Terrain für die Ankündigung der Rückkehr in die „Nuclear Planning Group“ im Januar 1996 und der Bereitschaft vor, dort die von Chirac nach der Wiederaufnahme der Atomtests lancierte „konzertierte Abschreckung“ zu diskutieren.

Die nukleare Unabhängigkeit war in der Tat nicht nur ein zentrales Fundament der V. Republik, sie war als inhärenter Mythos des Staates quasi sakralisiert und unantastbar. „Wenn unsere Abschreckungskapazität autonom bleibt, was nur voraussetzt, daß wir nicht in den Nuklearplanungsausschuß zurückkehren, stellt eine Rückkehr in die integrierte Militärorganisation unsere Autonomie nicht in Frage [...]. Selbstverständlich würde eine Rückkehr in die NATO ausschließlich unsere konventionellen Streitkräfte und nicht unsere Nuklearkapazität betreffen“, hatten noch kurz zuvor die oben zitierten anonymen Sicherheitspolitiker und Offiziere zugunsten ihres Plädoyers für eine Rückkehr in das Bündnis hinzugefügt. Auch die Presse hatte nur unter dem Vorbehalt eines Fernbleibens von den nuklearen Instanzen des Bündnisses Chiracs erste Initiative zur Rückkehr in den Ministerrat und den Militärausschuß bejubelt.

Die angekündigte Rückkehr in die Nukleare Planungsgruppe war deshalb für viele ein Schock. Doch wollte Chirac eigentlich nur „gegebenenfalls“ und im Zusammenhang mit der

58 Vgl. La Documentation Française (Hg.), Les premières conférences de l'IRIS, 4./5. 6.1996, Paris 1996, S. 245f.

59 Vgl. u.a. R. Degart, Stratégie nationaliste et alignement atlantiste, in: Le débat stratégique, Nr. 16, Sept. 1994, sowie A. Joxe, Quelques remarques critiques sur la stratégie du Livre Blanc, in: Le débat stratégique, Nr. 13, März 1994.

60 Z.B. beim Kolloquium „Faut-il défendre l'Europe?“, a.a.O. (Anm. 57).

zu debattierenden „konzertierten Abschreckung“ an ad-hoc-Sitzungen des Nuklear- sowie des Verteidigungsplanungsausschusses teilnehmen. Wie obskur die Idee einer europäischen konzertierten Abschreckung auch immer war und auf wie wenig Liebe sie bei den Adressaten stieß, den Sinn des Vorhabens hatte Verteidigungsminister Millon mit seiner Forderung nach einer „strategischen Autonomie“ für Europa⁶¹ verdeutlicht. Dabei ging es keinesfalls um eine „Europäisierung“ des französischen Potentials, sondern vielmehr um eine Zuständigkeit Frankreichs für den europäischen Nuklearbereich – in diesem Konzept würde die Bundesrepublik die Zuständigkeit für die territoriale Verteidigung erhalten. Der angestrebte Erwerb einer eigenständigen europäischen strategischen Fähigkeit hätte darüber hinaus Frankreichs Führungsanspruch in Europa gesichert.

Mit der von Verteidigungsminister Millon geforderten Schaffung eines „Generalstabs der WEU“, der gleichzeitig an die NATO angeschlossen wäre,⁶² strebte Frankreich darüberhinaus den Aufbau einer europäischen Kommandostruktur an, die dank einer Verdoppelung der Befehlsstrukturen die europäische Autonomie ermöglichen und die amerikanische Führungsposition unterminieren sollte.

So wurde die Schlußfolgerung, daß Frankreich die NATO „durch seine Annäherung erledigt“ hätte,⁶³ von vielen, wenn auch nicht von allen geteilt. Allerdings bahnte sich erneut ein französisch-amerikanischer Konflikt an, der abermals die europäischen Verbündeten einbezog und J. Chiracs neuen Ansatz schließlich scheitern ließ. Allerdings ging Frankreich diesmal von einer erheblich günstigeren Position aus, da die europäischen Partner nicht nur bereit waren, die Wende Paris in der Bündnispolitik zu honorieren, sondern eigentlich auch die französische Forderung nach mehr europäischer Selbstbestimmung weitgehend teilten.

3.6 Die Kontrolle der europäischen Sicherheitsstruktur als bleibendes Ziel

Gestärkt durch den wiederhergestellten Konsens mit den Europäern, wollte Paris nicht nur seine schrittweise Rückkehr in die NATO-Gremien von einer zunehmenden „Europäisierung“ der Bündnisstrukturen abhängig machen.⁶⁴ Vielmehr ging Chiracs neuer Ansatz dahin, im direkten Tauschgeschäft mit Washington die Fortsetzung der Politik der Annäherung an das Bündnis mit der Frage der Besetzung des regionalen Süd-Kommandos der NATO zu verknüpfen.

Im Vorfeld der Frühjahrstagung der Außenminister der NATO (1996) hatte Paris seine Europäisierungsbestrebungen vor allem auf zwei Forderungen konzentriert, die eine „eigen-

61 Millon prône l'autonomie strategique, Le Figaro, 24.1.1996.

62 Süddeutsche Zeitung, 7.3.1996.

63 Le débat stratégique, Nr. 27, Juli 1996, S.1.

64 „Unsere Einbindung in die NATO Strukturen wird letztlich von den Ergebnissen in Berlin abhängen, d.h. von der Verantwortung, die die Europäer in der NATO ausüben können“, sagte Außenminister de Charette der belgischen Zeitung Le Soir gegenüber. Vgl. Le Soir, 3.6.1996, sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.1996.

ständige europäische strategische Handlungsfähigkeit“⁶⁵ gewährleisten sollten. Einerseits sollte der Posten eines stellvertretenden europäischen NATO-Oberbefehlshabers für Europa, der gleichzeitig zuständig für Operationen im Rahmen der WEU sein sollte, geschaffen werden. Andererseits verfolgte Frankreich das Ziel, im Zusammenhang mit den CJTF eine „permanente“ und nicht nur ad hoc geschaffene europäische Befehlsstruktur einzurichten. Das Verlangen nach einem europäischen SACEUR-Stellvertreter war durchaus vernünftig, wenn auch Paris keinen Hehl daraus machte, daß es den Posten für sich reklamierte. Die angestrebte Schaffung einer rein europäischen, neben den transatlantischen, amerikanisch dominierten Befehlsstrukturen enthielt dennoch Sprengstoff. Eine Verdoppelung der Befehlsstrukturen hätte zwar den französischen Führungsanspruch auf den „europäischen Pfeiler“ gesichert, die amerikanische Position aber außerordentlich geschwächt und die Homogenität des Bündnisses beeinträchtigt. Washington blockierte mit aller Macht.

Bei der Berliner Außenministertagung konnte sich Frankreich mit seinem doppelten Anliegen nicht durchsetzen. Den Posten eines SACEUR-Stellvertreters erhielt zwar etwas später ein britischer Offizier. Doch die für Paris so zentrale Frage einer europäischen integrierten Befehlsstruktur blieb im Abschlußkommuniquee unerwähnt. Vor allem wurde die Entscheidung zur Wahrnehmung und Ausführung europäischer Operationen im Rahmen der CJTF beim NATO-Rat angesiedelt, und zwar nach dem Prinzip der Einstimmigkeit, worin Paris ein de facto amerikanisches Veto-Recht erkannte. Frankreich gelang aber ein Durchbruch in dem Maße, wie nun die Debatte um die Reform der NATO-Befehlsstrukturen eröffnet worden war und Paris mit seinen Forderungen nach einem Mitspracherecht der Europäer durchaus auf die Unterstützung der europäischen Partner rechnen konnte – zumal die Bundesrepublik darin den Weg sah, Frankreich in die Militärorganisation zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund der nun beschlossenen Reform der Kommandostrukturen bahnte sich aber erneut ein sich immer mehr zuspitzender Konflikt zwischen Paris und Washington an. Wenngleich Frankreich auf die zwei regionalen Kommandobereiche Nord- und Südeuropa Anspruch erhoben hatte, konzentrierte sich der Streit auf die Frage der Besetzung des Südkommandos (AFSOUTH) in Neapel, dem die 6. US-Flotte im Mittelmeer untersteht und das Paris anfangs für einen „Europäer“, dann konkreter für einen französischen Admiral reklamierte.⁶⁶

3.7 Paris pokert und scheitert

Wenn auch Verteidigungsminister Millon bei der NATO-Tagung in Bergen (Herbst 1996) gedroht hatte, die Annäherung an das Bündnis zu unterbrechen, falls die französischen Forderungen nicht berücksichtigt werden sollten, war Washington kaum bereit, Chirac für „seine Rückkehr in eine Organisation, die Frankreich nie hätte verlassen dürfen, zu beloh-

65 J. Schildt, Durchbruch in der deutsch-französischen Sicherheitskooperation? Das gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungskonzept, in: Aktuelle Frankreich-Analysen, Nr.6, März 1997, S.7.

66 Vgl. Le Monde, 4.12.1996.

nen“.⁶⁷ Zwar hatte Paris auch ein Junktim mit der französischen Zustimmung zur NATO-Erweiterung erwähnt,⁶⁸ dann aber doch fallen gelassen. Frankreich hätte in der Tat nicht ohne erheblichen diplomatischen Schaden den Erweiterungsprozeß blockieren können.

Ein neuer bilateraler Konflikt belastete aber bald zusätzlich die ohnehin angespannten französisch-amerikanischen Beziehungen. Mit Chiracs neuem Ansatz in der Bündnispolitik hatte Paris auch seine Einstellung zur NATO-Osterweiterung revidiert. Zwar hatte sich schon in der Ära Mitterrand die französische Position von einer offenen Ablehnung zu einer eher attentistischen Zurückhaltung entwickelt. Diese blieb jedoch von Vorbehalten und Mißtrauen gegenüber den amerikanischen Bestrebungen sowie Mißbilligung an die Adresse der osteuropäischen Beitrittskandidaten geprägt. In der Erkenntnis, daß Frankreich nicht in der Lage war, den Prozeß anzuhalten, hatte dann Chirac, „dessen Grundhaltung zu diesen Grundfragen nicht wesentlich anders als die seines Vorgängers sein dürfte“,“⁶⁹ das Steuer herumgeworfen und offen die Beitrittsgesuche der osteuropäischen Länder unterstützt. Nun versuchte Paris vor dem Hintergrund des Konflikts um die Besetzung des Süd-Kommandos doch die Erweiterungskarte zu spielen, wenn nicht in der Form eines Junktims, so zumindest durch die Benennung immer neuer Beitrittskandidaten. Möglicherweise hoffte Frankreich, dadurch den Entscheidungsprozeß zu erschweren und damit Zeit zu gewinnen. Denn Paris fürchtete, daß die angestrebte „Europäisierung“ nach der Erweiterung noch schwieriger sein würde. Es mag auch sein, daß Chirac mit einer Art moralischer Verpflichtung der vorgeschlagenen Kandidaten rechnete und sich damit Unterstützung für Frankreichs Forderungen und Ambitionen erhoffte. Ob auf ein Scheitern der Erweiterung aufgrund der Kostenfrage und der Renitenz des US-Kongresses spekuliert wurde, soll dahingestellt bleiben.

Zwar nahm Paris wieder Abstand von einigen voreiligen Vorschlägen (Bulgarien), beharrte dafür aber um so mehr auf der künftigen Mitgliedschaft Rumäniens und Sloweniens. Die Unterstützung für Slowenien war wahrscheinlich nur eine Konzession an Italien, das Frankreich Schützenhilfe leistete. Rumänien dagegen war als einziges romanisches Land im Südosten Europas sowie aufgrund der traditionell guten bilateralen Beziehungen für Frankreich wichtig. Doch schon im Vorfeld der Madrider Konferenz zur NATO-Erweiterung hatte US-Präsident Clinton beim G 8-Treffen von Denver der sog. „Fünfer-Lösung“ eine Absage erteilt.

Das Ausbleiben vorzeigbarer Erfolge auf den verschiedenen Ebenen des vielschichtigen bilateralen Konflikts mit den USA engte aber zunehmend die Handlungsfähigkeit des Staatspräsidenten ein und belebte die grundsätzliche Kritik an seinem neuen NATO-Kurs. Zwar blieb bei diesen Kontroversen die Frage der NATO-Erweiterung eher marginal – sie hatte ohnehin nie Zugang zu den öffentlichen Debatten gefunden. Dafür spitzte sich aber die Kritik um so mehr auf die leidige Frage des Süd-Kommandos zu. Eine Kompromißlösung, um aus der festgefahrenen Lage herauszukommen, die Außenminister de Charette Anfang des

67 S. Serfaty, France - Etats Unis: la querelle permanente, in: Relations internationales et stratégiques, Nr. 25, Frühjahr 1997, S. 56.

68 Vgl. Le Monde, 2.10.1996, sowie P. Boniface, Le débat français sur l'élargissement de l'OTAN, in: Relations internationales et stratégiques, Nr. 27, Herbst 1997, S. 41.

69 P. Boniface, Avantages et limites du volontarisme en politique étrangère, in: Relations internationales et stratégiques, Nr. 25, Frühjahr 1997, S. 21.

Jahres angedeutet hatte,⁷⁰ schien nun nach der für Chirac mißglückten, vorgezogenen Parlamentswahl des Frühjahrs 1997 nicht mehr denkbar. Die Sozialisten, von denen viele ihm seine Abkehr von der Bündnis-Politik Mitterrands nicht verziehen hatten, waren nicht bereit, einen Kompromiß zu akzeptieren. In den eigenen Reihen hielt man um so weniger mit der Kritik zurück, als das Ressentiment gegen Chirac wegen der verlorenen Wahl ohnehin groß war. Schon im Januar 1997 hatte die Bekanntmachung des beim deutsch-französischen Gipfeltreffen in Nürnberg (Dezember 1996) verabschiedeten „Gemeinsamen Konzepts über Sicherheit“ im Parlament einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Kritiker des neuen NATO-Kurses sahen darin einen Verzicht Frankreichs auf alle seine Grundoptionen.

Chirac war nun innenpolitisch derart geschwächt, daß der neue sozialistische Premierminister die Initiative ergreifen und kurz vor dem Madrider NATO-Gipfel zur Osterweiterung die Politik einer schrittweisen Rückkehr in die Militärstrukturen kurzerhand für gescheitert erklären konnte.⁷¹ Dies war für die Praxis der V. Republik eine einmalige Vorgehensweise, da die Außen- und Bündnispolitik zu den bisher unangefochtenen „domaines réservés“ des Staatspräsidenten gehören. Es blieb dem gleichsam „entmachteten“ Staatspräsidenten schließlich nichts anderes übrig, als einzulenken. In einer gemeinsamen Erklärung wurde am 2. Juli festgestellt, daß die Bedingungen für eine Fortsetzung der Annäherung an die NATO nicht gegeben seien.⁷²

Damit ist zunächst einmal wieder Stillstand in die Beziehungen Frankreichs zum Bündnis eingeleitet. In absehbarer Zeit dürfte sich an dieser Situation auch wenig ändern. Eine „Kohabitation“, die de facto eine Art Dualität der Exekutive mit sich bringt, ist keine günstige Zeit für große Entwürfe. Auch kann der weiterhin geschwächte Staatspräsident, dessen Parteibasis im Auflösungszustand begriffen ist, nicht ohne weiteres erneut die Initiative in der Bündnispolitik ergreifen. Nach der NATO-Osterweiterung wird die Allianz voraussichtlich erst einmal mit den damit verbundenen Problemen beschäftigt sein, so daß die Europäisierungsfrage – vor allem wenn der französische Impuls nicht mehr da ist – nicht unbedingt prioritär bleiben wird.

Das Scheitern von Chiracs neuem Ansatz hat sicherlich nicht nur innenpolitische Gründe. Paris hatte mit seinem Anspruch auf das Süd-Kommando auch zu hoch gepokert. Gewiß wurde das Scheitern schneller als erwartet offenbar, aber die Bedingungen für einen Erfolg waren von vornherein schlecht. Der Begriff der „Europäisierung“ vermochte zwar, den Konsens mit den europäischen Verbündeten wiederherzustellen. In Wahrheit überdeckte er aber weiterhin divergierende Bestrebungen. Paris machte kaum einen Hehl daraus – die Forderung nach einer Verdoppelung der Kommandostrukturen zielte in diese Richtung –, daß es eine Art Bündnis im Bündnis schaffen wollte. An einem Tauschgeschäft mit Frankreich, das Selbstbeschränkung bedeuten würde und Frankreich zum Hauptansprechpartner bzw. zur Führungsmacht der Europäer gemacht hätte, war Washington kaum interessiert. Die Beziehungen zu Bonn, das seinerseits kaum einen Führungsanspruch erhebt, sind viel reibungsloser und die Interessen konvergieren stärker. Weil der stets schwelende Hegemo-

70 Vgl. Time, 27.1.1997.

71 Vgl. Le Monde, 4.7.1997, sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.1997.

72 Ebenda.

nialkonflikt zwischen Frankreich und den USA auch die Europäer zu verschrecken vermag, büßte Paris schnell die anfängliche Unterstützung einiger seiner Partner im Streit um das Süd-Kommando ein. Deutlich wurde dabei das französische Dilemma: Ob außerhalb oder innerhalb der Allianz, Paris kann kaum sein Konzept einer europäischen Eigenständigkeit verwirklichen.

Selbst auf der Ebene des deutsch-französischen Bilateralismus, die Frankreichs bevorzugtes Terrain für neue Initiativen bleibt, ist zunächst wieder Stillstand eingetreten. Der französische Streit mit Washington um das Süd-Kommando und die Osterweiterung hat das Seine dazu beigetragen. Doch allzuoft geraten, wie auch im Zusammenhang mit dem „Gemeinsamen Konzept über Sicherheit“, die konträren Bestrebungen zwischen Paris, das immer wieder versucht, Deutschland aus der atlantischen Integration herauszulocken, und Bonn, das Frankreich wieder an die integrierte Struktur heranführen will, zu einem Tauziehen im Mini-format, dem nur Stillstand folgen kann.

3.8 Das „Gemeinsame Konzept über Sicherheit“ oder die Fortsetzung der deutsch-französischen Mißverständnisse

Im Januar 1997 sorgte die „Enthüllung“ des als Geheimdokument apostrophierten, beim deutsch-französischen Gipfel in Nürnberg (1996) verfaßten „Sicherheits- und Verteidigungskonzepts“ für einen Sturm der Entrüstung in der Nationalversammlung. Über die Parteigrenzen hinweg prangerten die Kritiker des neuen Kurses von J. Chirac vor allem einen Passus an, wonach den strategischen Mitteln der Allianz eine „entscheidende“ Rolle zuerkannt wird. Dies geschah, obwohl Frankreich eigentlich schon 1974 in Ottawa die primäre Funktion des Bündnisses für die nukleare Abschreckung anerkannt hatte.

Die Aufregung war allerdings ziemlich überflüssig, denn das Dokument erscheint vor allem wie ein „Patchwork“, in dem die Grundsätze und die mehr oder weniger kaschierten Bestrebungen beider Partner aneinandergereiht werden, ohne daß die grundsätzlichen Divergenzen durch die semantischen Kompromisse wirklich überdeckt werden. Gewiß ermöglicht der Text unterschiedliche Lesarten, ein „gemeinsamer Wille und viele Hintergedanken“, schrieb mit Recht die Frankfurter Allgemeine Zeitung.⁷³ Das „gemeinsame Konzept“ bleibt weitgehend im Spannungsfeld zwischen dem französischen Bestreben nach einer autonomen europäischen Verteidigungskapazität und dem deutschen Festhalten an den transatlantischen Bindungen stecken. Eine ganze Reihe von latenten Reibungspunkten, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Prioritäten in den Aufgaben der französischen und deutschen Streitkräfte – hier die Projektionskapazität außerhalb Europas, da die europäische Verteidigung – tragen dazu bei, die praktische Bedeutung des Konzepts in Zweifel zu ziehen. Wahrscheinlich ist, daß es schließlich in Vergessenheit geraten wird.

Der Vorfall im französischen Parlament zeigte allerdings deutlich, wie ambivalent sowohl die demonstrierte „Gemeinsamkeit“ als auch das Konzept der „Europäisierung“ sind und bleiben. Während sich die französische Kritik nicht nur an der der NATO-Abschreckungs-

73 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.1.1997.

kapazität eingeräumten Priorität entflammte, sondern auch u.a. einen drohenden Verlust der nationalen Souveränität aufgrund der vorgesehenen Konzertierung im Krisenmanagement – insbesondere im Hinblick auf französische Interventionen in Afrika – witterte, warnte wiederum der deutsche Verteidigungsminister davor, einen Sonderstatus außerhalb der NATO für die französische Abschreckungskapazität anzustreben oder gar auf eine deutsche Beteiligung an einer deutsch-französischen Nuklearstrategie hinzuarbeiten.⁷⁴

Im Tumult der bilateralen Auseinandersetzung blieben andere Interpretationen unberücksichtigt, die, wie A. Joxe in *Le Monde*, im „gemeinsamen Konzept“ ein deutsches Streben nach einem nicht-nuklearen, autonomen europäischen Pfeiler oder auch das Konzept einer europäischen Autonomie unter US-Leadership erkannten.⁷⁵ Die Quintessenz der Querelen auf französischer Seite stellte wiederum *Le Monde* mit der Erkenntnis heraus, daß ohne Konzession an den Atlantismus der Deutschen die Herausbildung einer europäischen Identität eine Illusion sei. Als Konsequenz daraus plädierte der Autor für ein französisches Durchhalten im Streit mit den USA um die Kontrolle der Sicherheitsstrukturen. Denn sollte sich Frankreich in der Frage um die Besetzung des Süd-Kommandos nicht durchsetzen, würde es Paris auch nicht gelingen, die europäischen Partner um sich zu scharen, um eine „von der NATO unabhängige Verteidigung“ zu schaffen.⁷⁶

3.9 Der französisch-amerikanische Konflikt und die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur

Die französisch-amerikanische Rivalität wurde zwar im Kontext der Bündnisreform besonders sichtbar, aber letztlich geht der Konflikt um die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur. Frankreich knüpft auch hier an die gaullistische Vorstellung eines der amerikanischen Vormachtstellung entzogenen Europas „vom Atlantik zum Ural“ an und stemmt sich gegen die befürchtete Entstehung einer europäischen Sicherheitsstruktur, deren zwei Pfeiler die NATO und eine strategische amerikanisch-russische Partnerschaft wären. Aus diesem Grund hatte Paris in der Mitterrand-Ära – allerdings mehr unterschwellig als offen – gegen eine NATO-Osterweiterung opponiert. Diese diene – so Paris damals – vor allem der Befestigung und der Ausdehnung des amerikanischen Einflusses und sei damit Teil der Konsolidierungsstrategie der US-Hegemonie. Sowohl im NATO-Kooperationsrat als auch in der „Partnerschaft für den Frieden“ glaubte Frankreich vor allem die Instrumente zu erkennen, die den amerikanischen Einfluß in Ost- und Mitteleuropa erweitern sollten.

Vergeblich hatte Paris, das „die Faszination einiger osteuropäischer Länder für das amerikanische Modell [...] schwer erträglich fand“,⁷⁷ versucht, durch alternative Angebote (Balladur-Stabilitätsplan, nahegelegter Beitritt zur WEU) die mitteleuropäischen Beitrittskandidaten aufzufangen.

74 Vgl. *Le Figaro*, 30.1.1997, sowie die *Süddeutsche Zeitung*, 31.1.1997.

75 Vgl. A. Joxe, *Noyau dur franco-allemand ou pilier euro-atlantiste*, *Le Monde*, 7.2.1997.

76 Vgl. D. Vernet, *Défense européenne: la querelle de Nuremberg*, *Le Monde*, 31.1.1997.

77 *Le Monde*, 10./11.11.1991.

Gewiß waren die französischen Vorbehalte nicht einzig und allein von der Vorstellung diktiert, angebliche amerikanische Hegemoniebestrebungen zu konterkarieren. Wenn auch der russische Widerstand gegen die NATO-Erweiterung um so ernsthafter wahrgenommen wurde, als er objektiv den französischen Interessen entsprach, befürchtete Paris jedoch auch die Auswirkung einer raschen Osterweiterung auf ein politisch instabiles, von – wie auch immer begründeten – Einkreisungsängsten heimgesuchtes Rußland. So hatte J. Chirac, um die Ausgrenzung der einstigen Supermacht besorgt, stets auf der Notwendigkeit insistiert, Moskau an den Debatten über die künftige europäische Sicherheitsarchitektur zu beteiligen. Den am Jahresanfang 1998 gemachten Vorschlag eines Fünf-Mächte-Treffens mit Rußland zur Beilegung des Streits mit Moskau um die Osterweiterung hatte Paris aber wegen mangelnder Unterstützung fallen lassen müssen.

Wenn auch keine nennenswerte Debatte über die Frage der NATO-Ausdehnung in Frankreich stattfand, hatten doch einzelne bekannte Politiker aus den Reihen der gegenwärtigen Opposition, allen voran der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing sowie der vormalige Präsident der Nationalversammlung Séguin, und aus den Reihen der Regierungskoalition Außenminister Védrine sowie der ehemalige Premierminister Rocard oder der ehemalige Verteidigungsminister Quilès allesamt eine drohende Isolierung Rußlands kritisiert.⁷⁸

Frankreich wollte allerdings weder eine qua NATO von den USA dominierte europäische Sicherheitsarchitektur noch die Herausbildung eines in der Zeit des Ost-West-Konflikts stets befürchteten sog. „amerikanisch-russischen Kondominiums“, das Paris bereits in der „Partnerschaft für den Frieden“ im Ansatz zu erkennen glaubte.⁷⁹ So schien die OSZE die Möglichkeit zu bieten, die NATO-Erweiterung aufzufangen und – so J. Chirac bei der Lissaboner OSZE-Tagung Ende 1996 – sie „in einen größeren Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur“ einzubetten.⁸⁰ Eine Institutionalisierung oder Verstärkung der OSZE sollte – so forderte der Staatschef außerdem – durch einen Vertrag oder eine Charta kodifiziert werden. Gestützt auf präzise Normen und mit verstärkten Mitteln ausgestattet sollte eine nun „dynamische“ OSZE ihre „Rolle in der Konfliktverhütung, im Krisenmanagement und in der Rüstungskontrolle“ besser wahrnehmen können. Außenminister de Charette hatte aus der Tatsache, daß die OSZE die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation ist, ihre „zentrale Rolle“ für die Abrüstungsverhandlungen und die Konfliktverhütung in Europa hervorgehoben.⁸¹ Frankreich hatte deshalb Rußland in seinem Vorhaben unterstützt, eine Sicherheitscharta vorzubereiten. So begrüßenswert das französische Engagement auch war, so lag doch der Verdacht nahe, daß Paris – Moskau nicht ganz unähnlich – vor allem das Ziel verfolgte, den Erweiterungsprozeß der NATO durch eine Aufwertung der OSZE aufzufangen bzw. die NATO unter die Oberaufsicht der OSZE stellen zu wollen.

In dem Maße jedoch, in dem sich der Erweiterungsprozeß der Allianz als unaufhaltbar erwies – Moskau selbst gab dann seine Bestrebungen auf, die NATO der OSZE unterzuordnen – und Paris seine Taktik änderte, indem es nun mit dem Vorschlag immer neuer Bei-

78 Vgl. P.M. de la Gorce, l'OTAN aux portes de la Russie, *Le Monde diplomatique*, Juli 1997.

79 Vgl. *Le Monde*, 4.12.1996.

80 Ebenda.

81 Vgl. H. de Charette, Pressekonferenz, Lissabon, 2.12.1996.

trittskandidaten zu einer maximalen Forderung bei der NATO-Erweiterung übergang, verloren auch die Motive zur Aufwertung der OSZE an Dringlichkeit. Ohnehin schien einiges dafür zu sprechen, daß die Bedeutung der OSZE für die europäischen Sicherheitsstrukturen nach der NATO-Erweiterung geringer wird, wenn auch der OSZE ganz spezifische Aufgaben eigen sind, die von der NATO nicht wahrgenommen werden können.

In diesem Zusammenhang steht auch die beim Gipfeltreffen des Europarats (Oktober 1997) in Straßburg aus der Taufe gehobene Troika Paris-Bonn-Moskau. Einerseits gibt es – vor allem nach der NATO-Osterweiterung – gute Gründe dafür, Rußland vielschichtig in die europäischen Sicherheitsstrukturen einzubinden. Andererseits kommt Paris das russische Ressentiment gegen die Erweiterung nicht ungelegen. Konvergierende Interessen zwischen Frankreich und Rußland, die in der Ablehnung der „US-Hegemonie“ ihren gemeinsamen Nenner finden, gibt es genug. Nicht zufällig hatte Jelzin beim Besuch Chiracs in Moskau im Sommer 1997 sein Konzept der europäischen Sicherheit vorgestellt, das sich mit dem Ziel einer Zurückdrängung der Amerikaner aus Europa und der Herausbildung einer in enger Verbindung mit Moskau stehenden autonomen europäischen Sicherheitsstruktur ziemlich nahtlos ins französische Konzept einfügte.⁸² Doch wenn auch Paris eine Wiederauflage des Konzepts eines Europas „vom Atlantik zum Ural“ vorschwebt und man auf die russische Karte nicht verzichten mag, dürfte sich die Troika kaum zur „Gegenmachtbildung“ instrumentalisieren lassen. Trotz aller Ressentiments ist für Moskau die strategische Partnerschaft mit Washington wichtig. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik stets ihre Schlüsselposition in der Definition der europäischen Sicherheit unter Beweis gestellt. Ohnehin wird es sich erst noch herausstellen, ob die Troika mehr als eine Eintagsfliege ist.

4. Die Mittel

Frankreichs Streben nach der Rückgewinnung der Rolle einer Großmacht mit weltweiten Interessen und nach der Sicherung seines Führungsanspruchs in Europa setzten den Erwerb der Fähigkeit zur Wahrnehmung dieser Ansprüche voraus. Während sowohl der Ständige Sitz im Weltsicherheitsrat als auch die Führungsrolle in der europäischen Gemeinschaft noch mit dem Nuklearstatus legitimiert wurden, verlagern sich die Machtattribute der Post-Kalten-Kriegs-Ära auf die Fähigkeit, weltweit und in kurzer Zeit intervenieren zu können. Die USA haben im Golfkrieg die neuen Maßstäbe gesetzt. Nur im Besitz dieser neuen Machtattribute glaubt Paris, seine Ambitionen verwirklichen zu können. Eine Modernisierung bzw. Anpassung seiner Streitkräfte an die Aufgaben, die sich daraus ergeben, war daher erforderlich.

Nicht erst seit der Zeit des Ost-West-Konflikts war die „nationale Verteidigung“ die Hauptaufgabe der Streitkräfte, die sich auf die Wehrpflicht gründete. Mit der Neudefinition der sicherheitspolitischen Interessen im Sinne einer weltweiten Wahrnehmung der „nationalen“

82 Vgl. P. Boniface, *Avantages et limites du volontarisme en politique*, a.a.O. (Anm.69), S.21.

Interessen und der Abkehr von einer auf die Landesverteidigung zentrierten Sicherheitspolitik wurde eine tiefgreifende Umstrukturierung der Armee notwendig.

Neben dem Umbau der Streitkräfte war aber auch eine Neuordnung des bisher abgeschirmten und quasi staatlich verwalteten Rüstungssektors, der sich infolge der Schrumpfung der Streitkräfte mit stark gekürzten Budgets konfrontiert sieht, erforderlich.

4.1 Die Armeereform

Während das Weißbuch des Jahres 1994 noch die Notwendigkeit und die Vorteile der Wehrpflicht darstellte, verkündete der neue Staatspräsident J. Chirac am 22.2.1996 im Rahmen einer strukturellen Reform der Streitkräfte den Übergang zu einer Berufsarmee. Die Umstellung solle bis zum Jahre 2002 abgeschlossen sein. Damit verbunden sind drastische Verringerungen der Streitkräfte vorgesehen.

Die Streitkräfte umfaßten 1996 insgesamt 500 653 Mann, davon ca. 200 000 Wehrpflichtige und werden insgesamt um 150 000 Soldaten verringert.⁸³ Das Heer allein wird um 100 000 Mann, das ist ein Drittel seines Bestandes, reduziert und soll bis 2002 einen Bestand von 136 000 Mann (zur Hälfte aus Langzeitsoldaten bestehend) erreichen. Insgesamt 50 Regimenter – darunter drei Übersee-Regimenter und neun Regimenter der territorialen Verteidigung – werden aufgelöst. Die Luftwaffe soll von gegenwärtig ca. 89 000 auf 63 000 Mann verringert werden. Zwölf Flugplätze sowie das Plateau d'Albion mit seinen eingebunkerten Atomraketen der ersten Generation sollen geschlossen und ein Regiment aufgelöst werden. Die Marine wird von ca. 64 000 auf 45 000 Mann verkleinert. Von den gegenwärtigen 120 Kriegsschiffen sollen bis zum Jahr 2002 insgesamt 28 (bis 1999: 12) abgewrackt werden.

Der Verzicht auf die Wehrpflicht, die als Kernbestand der republikanischen Tradition gilt, rief eine heftige Debatte und auch Widerstand sowohl in den politischen Parteien als auch in der Armee hervor, es sprachen jedoch sicherlich einige Gründe für eine Verringerung der Streitkräfte. Sie waren vorrangig für einen Konflikt in Europa gedacht – ob sich nun Frankreich an einem solchen Konflikt beteiligt hätte oder nicht. Das Heer, dessen 1. Armee die Stolperdrahtfunktion innerhalb der nuklearen Strategie übernehmen sollte und nach dem Ailleret-Lemnitzer-Abkommen (1963) auch eine Art Reservefunktion im NATO-Rahmen hatte, war bis auf die FAR (Schnelle Eingreiftruppe), die auch Übersee-Missionen übernehmen sollte, ausschließlich auf den europäischen Kriegsschauplatz ausgerichtet. Der Auftrag der Luftwaffe bestand im wesentlichen darin, die 1. Armee zu unterstützen und den französischen Luftraum zu verteidigen. Bei der Marine waren die Aufgaben weniger klar definiert worden, da sie gleichzeitig die see-gestützte Nuklearkomponente (Atom-U-Boote) der Force de Frappe bildete, die Seewege und die Rohstoffzufuhr sichern und die Präsenz in den Überseegebieten unterstützten sowie als Begleitschutz des Flugzeugträgers „Clémenceau“

83 1996: Von den insgesamt 500 653 Mann waren 299 130 Berufs- und Zeitsoldaten und 201 523 Wehrpflichtige. Vgl. P. Buffotot (Hg), *La défense en Europe*, Paris, 1998, S. 118.

dienen sollte. Nach Beendigung des Kalten Kriegs war also eine Neudefinierung der Ziele nötig und eine Verringerung der Mannschaftsstärke geboten.

Doch wenn – wie übrigens alle westeuropäischen Streitkräfte – die französische Armee ihre Aufgaben neu zu definieren und eine grundlegende Strukturreform zu bewältigen hatte, wird mit dem beschlossenen Übergang zur Berufsarmee ein anderes Ziel verfolgt, als nur eine notwendige Anpassung an die Zeit nach dem Ost-West-Konflikt. Gewiß mögen zu dieser Entscheidung auch eine Reihe von immer wieder vorgebrachten Argumenten beigetragen haben. Es wurde u.a. darauf hingewiesen, daß das „egalitäre“ Prinzip der Wehrpflicht durch immer zahlreichere Ausnahmen seine Aussagekraft verloren habe. Angesichts der Defizite im Staatshaushalt und des französischen Bestrebens, an der Währungsunion teilzunehmen, mußten die Streitkräfte ihre Ausgaben reduzieren. Durch den Verzicht auf die Wehrpflicht sollen jährlich 14 Mrd. Francs weniger ausgegeben werden.⁸⁴ Zwar sind für Sozialmaßnahmen im Zusammenhang mit der Reform der Streitkräfte und der sie begleitenden Umstellung der Rüstungsindustrie 16 Mrd. Francs vorgesehen. Doch soll der Verteidigungshaushalt bis zum Jahre 2001 um 100 Mrd. Francs gekürzt werden.

Wichtiger jedoch als der Sparzwang, der den Rückgang der Rüstungsausgaben und die Verkleinerung des Heeres auf 136 000 Mann begründet, spiegelt die Entscheidung zugunsten einer Berufsarmee vor allem den Willen wider, eine „Machtprojektionskapazität“ zu haben, die Frankreich die Wahrnehmung der Großmachtrolle und seiner „Rolle in der Welt“ sichern soll.⁸⁵ Die von Verteidigungsminister Millon als „Expeditionskorps“ definierte neue Berufsarmee soll in Europa, im Mittleren Osten oder in Afrika schnell intervenieren können, ohne daß übrigens der Interventionsrahmen – nationaler Alleingang, europäischer Kontext oder NATO – näher definiert wird.

Gewiß werden – wenn auch Alleingänge, z.B. in Afrika oder in den Überseegebieten, nicht ausgeschlossen werden – schon im Weißbuch die Szenarien einer Intervention hauptsächlich in einem multinationalen Rahmen – NATO, WEU oder ad-hoc Koalitionen – definiert: „Eines der Hauptmotive der Umorganisation (der Streitkräfte) besteht darin, eine effiziente Rolle innerhalb einer Koalition zu spielen“, sagte Verteidigungsminister Richard.⁸⁶ Zu diesem Zweck soll die neue Heeresstruktur der Struktur der anderen NATO-Streitkräfte angepaßt werden. Sie soll unter zwei Kommandosträngen – Commandement de la Force d'action terrestre (CFAT – Eingreifkräfte des Heeres) und Commandement de la Force logistique terrestre (CFLT – logistische Kommandostruktur), denen verschiedene Stäbe unterstellt werden, 15 Brigaden und 85 Regimenter, die als „Kräfte-reservoir“ fungieren sollen, sowie die zwei Regimenter des Eurokorps umfassen. Damit wird die Ende Juni 1998 in Gang gesetzte „Neubegründung“ (refondation) des Heeres – so Generalstabschef Mercier – zunächst in der Umbruchphase der Umstellung zur Berufsarmee eine Interventionskapazität von 20 000 Mann ermöglichen.

Ziel der Reform auf längere Sicht ist es, eine kurzfristig herstellbare Machtprojektionsfähigkeit von 75% der Personalressourcen zu erreichen. Im Falle einer schweren Krise in Europa

84 Ebenda, S. 103.

85 Le Monde, 20.7.1996.

86 Le Monde, 2.7.1998.

sollte das Heer imstande sein, der NATO 50 000 Mann zur Verfügung zu stellen. Bei weniger gravierenden Krisen, die jedoch Frankreichs Interessen tangieren, sind 35 000 Mann als Eingreiftruppe auf multilateraler Basis vorgesehen, wobei sich Frankreich die Möglichkeit vorbehält, eine zusätzliche Projektionskapazität von 5 000 Mann eventuell „autonom“ an anderen Orten einzusetzen.⁸⁷ Interoperabilität und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit verbündeten Streitkräften sowie mit den NATO-Stäben oder mit den Heeresstäben von Verbündeten – dem britischen Land Command beispielsweise – oder auch im Rahmen der CJTF sollen die Wahrnehmung der angestrebten Weltordnungsmachtrolle erleichtern. Damit hat Frankreich die Konsequenzen aus der Blamage des Golfkriegs gezogen, für den Paris nur eine zusammengeschusterte Truppe aufbringen konnte.

Außerdem soll eine auf Seeluftstreitkräfte und nukleare U-Boote gestützte 50 000 Mann starke „Machtprojektionskapazität“ (die notfalls 10 000 bis 20 000 Mann zusätzlich erhalten kann) davon zeugen, daß Frankreich weder „dem Willen zur Machtlosigkeit“ noch der „Versuchung ins Glied zurückzutreten“ nachgibt – so der damalige Verteidigungsminister Millon.⁸⁸ Ohnehin ließ schon im Weißbuch die geradezu obsessive Wiederholung des Substantivs „Macht“ in allen denkbaren Wortkombinationen (Machtprojektion, Machtinteressen usw.) den Verdacht aufkommen, daß die neue Sicherheitspolitik eigentlich viel mit Machtpolitik zu tun hat.

Kritik blieb jedoch nicht aus. Abgesehen von den scharfen Auseinandersetzungen über die Abschaffung der Wehrpflicht, die zunächst zu dem Kompromiß führten, eine einwöchige „staatsbürgerliche Begegnung“ (Rendez-vous citoyen) für alle Wehrpflichtigen einzurichten, welche die Regierung Jospin dann zugunsten eines eintägigen „Aufrufs zur Verteidigungsvorbereitung“ („Appel de préparation à la défense“) wieder abschaffte, geht die Kritik in zwei Richtungen. Für die einen führt die der „Projektionskapazität“ eingeräumte Priorität zu einer Vernachlässigung der Verteidigungsfähigkeit: „Wenn sich künftig die Aufgabe des Heeres auf die Machtprojektion beschränkt, wird Frankreich unter den Streitkräften der großen westlichen Länder das einzige Land sein, das im Krisenfall seine Mannschaftsstärke nicht rasch erhöhen kann.“⁸⁹ Denn – so der Autor weiter – die französische Armeeführung wird im Gegensatz zur amerikanischen Nationalgarde oder zur britischen Territorial Army, die notfalls 65 000 Mann zusätzlich zu ihrer 116 000 Mann starken Berufsarmee als Reserve mobil machen kann, kaum in der Lage sein, im Krisenfall über ausreichend ausgebildete Reserven zu verfügen.

Eine andere Kritik richtet sich neuerdings – nach der Bekanntmachung der Heeresstrukturreform – gegen eine „NATO-isierung“ der Streitkräfte. So beklagt die Pariser „Le Monde“ nicht nur die Abkehr von der gaullistischen Nuklearorthodoxie, sondern auch die Einfügung in einen mehr „atlantischen“ als „europäischen“ Rahmen, wo die amerikanische „Logistik“ dominiere, und fragt, ob die Fähigkeit zur Mitarbeit sowohl in einem atlantischen als auch in

87 Ebenda.

88 C. Millon, Vers une nouvelle défense, in: Défense Nationale, Jg. 52, Juli 1996, S.14.

89 Vgl. General a.D. de Bressy, Le Monde, 25.5.1996.

einem europäischen multinationalen Rahmen nicht zu einem Widerspruch führe, der Frankreich schließlich zum Spagat veranlassen werde.⁹⁰

4.2 Die Reform der Rüstungsindustrie

Zusammen mit der Armeereform verkündete J. Chirac eine grundlegende Strukturänderung in der französischen Rüstungsindustrie. Während die Armeereform zwar auch aus Kostengründen, primär jedoch aus politischen Zielsetzungen, durchgeführt wird, ist der Hauptgrund der angekündigten Reform der Rüstungsindustrie wirtschaftlicher Natur.

Der aus einigen großen verstaatlichten und privaten Unternehmen sowie einer Reihe von Zuliefererbetrieben bestehende Rüstungssektor war mit seinen ca. 305 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 97 Mrd. Francs⁹¹ in der Zeit des Kalten Krieges ein ausgesprochen „geschützter“ Sektor, der sich weitgehend den Gesetzen der Marktwirtschaft entzogen hatte, die besondere Zuwendung des Staates genoß und in einer „von der Monopolstellung der Firmen und dem staatlichen Geheimnis geprägten Atmosphäre“⁹² gedeihen konnte. Wenig Transparenz, aktiver Lobbyismus, mangelnde parlamentarische Kontrolle und die zahlreichen sozialen Sonderregelungen für die Beschäftigten sicherten dem Rüstungssektor nicht nur eine Sonderstellung in den wirtschaftlichen Aktivitäten, sondern ermöglichten ihm auch, sich sowohl den konjunkturellen Schwankungen als auch den politischen Auseinandersetzungen erfolgreich zu entziehen. Etatkürzungen, die es in Frankreich seit eh und je gegeben hat, konnte der Rüstungssektor dank eines florierenden, von politischen Restriktionen kaum eingeschränkten Waffenexports ausgleichen, so daß er alle politischen und wirtschaftlichen Krisen wie unter einer Käseglocke überwunden hatte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges gibt es diese Nische nicht mehr. Wenn sich auch die französische Öffentlichkeit in der Forderung nach „Friedensdividenden“ eher zurückhaltend zeigte, ließen sich – zumal vor dem Hintergrund einer hartnäckigen Rezession und des allgemeinen Sparzwangs – Rüstungsausgaben nicht mehr so leicht legitimieren. Die von wiederholten budgetären Kürzungen gebeutelten Streitkräfte arrangieren sich immer weniger mit der ihnen zugeschriebenen Rolle des willigen Käufers und des Schaukastens für den Rüstungsexport.

Die Konkurrenz auf den ausländischen Rüstungsmärkten ist härter geworden, da die westlichen Konkurrenten, vor allem die USA, genauso wie Frankreich versuchen, durch Exportoffensiven die Schrumpfung des Binnenmarkts zu kompensieren. Die branchenspezifischen Klagen über den Rückgang des Rüstungsexports mögen zwar zweckdienlich und damit aufgebauscht sein, indes schienen die fetten Jahre vorbei zu sein – der Exportanteil am Gesamtumsatz ist von 40% Mitte der 80er Jahre auf 20 % zurückgegangen.⁹³ Allerdings sieht

90 Vgl. J. Isnard, Une armée française „otanisée“, Le Monde, 3.7.1998.

91 Vgl. Le Monde, 28.10.1995.

92 P. Simonot, Moins de canons, moins de beurre, Le Monde, 31.10.1995

93 Vgl. Le débat stratégique, Nr. 26, Mai 1996, S. 6. Den offiziellen Statistiken (INSEE) zufolge erreichte der Waffenexport (effektive Lieferungen) 1994 10,7 Mrd. Francs und damit den niedrigsten

es so aus, als ob der Abwärtstrend neuerdings gestoppt ist und sich sogar umkehrt. So weisen die Statistiken für das Jahr 1997 mit einer Zunahme der Bestellungen von 55% einen regelrechten „Sprung nach vorne“ des Rüstungsexports auf, der vor allem neuen Verträgen mit Saudi-Arabien und der Türkei⁹⁴ sowie Taiwan zu verdanken ist. Für das Jahr 1998 sind schon Exportvereinbarungen bzw. Optionen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Chile fest gebucht. Der französische Marktanteil am Rüstungsweltmarkt konnte sich dadurch von 9% auf 13% vergrößern.⁹⁵ Allerdings haben die Arabischen Emirate schließlich doch dem amerikanischen F 16-Flugzeug den Vorzug gegenüber dem französischen Rafale gegeben, so daß die Daten für das Jahr 1998 vielleicht doch nicht so glänzend ausfallen werden.⁹⁶

Auch die transnationale Rüstungskoooperation, bei der sich Frankreich in der Vergangenheit häufig die Projektführerschaft zu sichern wußte, wird von der allgemeinen Verkürzung der öffentlichen Finanzmittel in den europäischen Ländern beeinträchtigt.

Es galt also, die Überkapazitäten abzubauen. Umstruktuiierung und Konzentration in der Rüstungsindustrie sowie Kostenreduzierung (angestrebt sind 30 %), Produktivitätszuwachs und internationale Wettbewerbsfähigkeit sind nun angesagt, um den Sektor aus der Krise herauszuführen. Von diesen Maßnahmen betroffen werden nicht nur der vor dem Bankrott stehende staatliche Heeresausrüster GIAT-Industries und die ebenfalls staatlichen Werften DCN, sondern auch die großen Firmen, insbesondere die Flugzeughersteller Dassault und Aérospatiale sowie die stark im Rüstungsgeschäft engagierten Unternehmen Thomson-CSF und Matra. Eine Umstrukturierung des Beschaffungsamts DGA (Délégation Générale pour l'Armement) steht ebenfalls auf der Tagesordnung.

Stand seit 25 Jahren. 1995 waren es nach derselben Quellen 10,9 Mrd. Francs. Das Verteidigungsministerium seinerseits sprach von 15,1 Mrd. Francs im Jahre 1995 (vgl. *Le débat stratégique*, Nr. 26, Mai 1996). Doch sind die offiziellen Angaben stets mit Vorsicht zu betrachten. Die Zeitung *Le Monde* zitierte einen parlamentarischen Bericht, wonach die COFACE (eine Art staatliche Hermes-Garantie für den Rüstungsexport) 1993 und 1994 den Rüstungsexport mit 116 Mrd. Francs bzw. 97 Mrd. Francs im Gegensatz zu den durchschnittlichen 60 Mrd. Francs in den Jahren zwischen 1987 und 1991 garantiert habe. Selbst wenn das Insolvenz-Risiko der Käufer zugenommen hat, zeugen die Zahlen nicht von einem dramatischen Rückgang (vgl. *Le Monde*, 31.1.1996). Die Angaben des Verteidigungsministeriums für das Jahr 1995 wurden ohnehin etwas später mit nun 19 Mrd. Francs nach oben korrigiert (vgl. *Le débat stratégique*, Nr. 29, Nov. 1996). Für das Jahr 1996 wird schon jetzt ein Exportzuwachs gemeldet. Den INSEE-Statistiken zufolge, die stets bescheidener als die Angaben des Verteidigungsministeriums ausfallen, dürfte 1996 ein Umsatz von 18,3 Mrd. Francs für den Rüstungsexport zu erwarten sein (vgl. ebenda).

94 Die viel lascheren französischen Exportbedingungen als diejenigen etwa der Bundesrepublik begünstigen die französischen Exportoffensiven. „Die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit der Türkei im Rüstungsbereich wurde von deutscher Seite aus wegen des Guerillakrieges an der irakischen Grenze auf Eis gelegt,“ schreibt K. Forster. „Aufträge aus der Türkei – von Hubschraubern bis Infanteriewaffen – scheinen jetzt an Frankreich zu gehen. Deutschland steht seitdem als Buhmann der Türkei in der EU da. Dies belastet langfristig auch die Beziehungen zu den USA.“ Forster, a.a.O. (Anm. 1), S. 5. Ob nun die neuen EU-Richtlinien zum Waffenexport die innereuropäische Konkurrenz zügeln werden, bleibt zunächst offen.

95 Vgl. *Bond spectaculaire des ventes d'armes françaises en 1997*, *Le Monde*, 14.5.1998.

96 Vgl. *Le Monde*, 14.5.1998.

Vor dem Hintergrund der Krise des Rüstungssektors erhält auch eine alte Forderung der französischen Firmen neuen Aufwind: Mit der Gründung einer europäischen Rüstungsagentur den europäischen Markt zu organisieren, womit nicht zuletzt das Ziel verfolgt wird, die amerikanische Konkurrenz fernzuhalten. Im November 1996 wurde die Schaffung einer „Gemeinsamen Organisation für die Rüstungszusammenarbeit“ mit Deutschland, Italien und Großbritannien beschlossen. Die Tatsache, daß „die französische Hinwendung zu Europa [...] mit einer konsequenten Abgrenzung zur transatlantischen Allianz (einhergeht), die [...] weder von Deutschland noch von Großbritannien befürwortet (wird)“,⁹⁷ stellt jedoch ein kaum überwindbares Hindernis dar. „Unter diesem Gesichtspunkt fragt es sich, inwieweit die u.a. von der Industrie vehement geforderten europäischen Rahmenbedingungen mit Frankreich mittelfristig machbar sind.“⁹⁸

Fraglich ist jedoch, ob die Reform des Rüstungssektors den industriellen Sockel für die Verwirklichung von Frankreichs Großmachtambitionen schaffen kann. Denn die Umstrukturierung erfolgt primär aus blanker finanzieller Notwendigkeit, so daß die Entflechtung von korporatistischen Strukturen und das Abspecken dieses aufgeblähten Sektors auf dem Weg der Privatisierung und eines Rückzugs des Staates stattfinden. Trotz aller Hypertrophie war aber bisher der staatlich verwaltete Rüstungssektor ein Instrument im Dienste der strategischen und politischen Zielsetzungen. Wenngleich der Rückzug des Staates für den Einsatz wirtschaftlichen Managements in einer Branche bürgt, die sich vielfach erfolgreich solchen Anforderungen zu entziehen vermochte, bedeutet dies aber auch, daß sich die Rüstungsfirmen andere Finanzierungsquellen erschließen müssen und daß nicht mehr primär Staatsziele, sondern zunehmend wirtschaftliche Imperative für Beschaffungsprogramme maßgebend werden.

Schon klagte die Tageszeitung *Le Monde* – nach dem Verzicht auf den geplanten Militärtransporter FLA (in Kooperation mit sieben anderen Ländern) –, daß Frankreich, dessen erklärte Priorität die Schaffung einer weltweiten „Projektionskapazität“ sei, die finanziellen Mittel für seine strategischen Ambitionen nicht mehr habe und warnte vor einer privatisierten Finanzierung der als strategisch definierten Rüstungsprogramme, die dann weitgehend nur noch nach Rentabilitäts Gesichtspunkten erfolgen würde.⁹⁹ Wenn auch die Privatisierung dem Staat eine größere Handlungsfreiheit einräumen kann, wird jedoch befürchtet, daß damit nicht unbedingt gesichert sei, daß die Rüstungsprogramme zur Aufrechterhaltung „Frankreichs strategischer Autonomie“ beitragen werden.¹⁰⁰ Wiederum erhält das Verteidigungsministerium die Möglichkeit, mit den Rüstungsfirmen mehrjährige Verträge abzuschließen, die vom Staat eingehalten werden müssen, so daß die üblichen Kürzungen oder sogar Programmunterbrechungen künftig nicht mehr zu fürchten sind.

Zwar ist zu erwarten, daß der Staat mit Nachdruck versucht, seine prioritären Programme durchzusetzen. Doch die politischen Ambitionen und die finanzielle Kapazität klaffen auseinander. Ein weiteres Beispiel liefert die Entwicklung des budgetären Rahmens.

97 Forster, a.a.O. (Anm. 1), S. 7.

98 Ebenda.

99 Vgl. *Le Monde*, 12.6.1996.

100 Vgl. J. P. Hébert, *Une cure de privatisation*, in: *Débat stratégique*, Nr. 29, Nov. 1996.

4.3 Der budgetäre Rahmen

Abgesteckt wird der budgetäre Rahmen der Sicherheitspolitik primär durch die fünf- bzw. sechsjährigen Planungsgesetze (*lois de programmation*), die verbindlich – zumindest als nicht zu überschreitender Rahmen – die Grundlage der jährlichen Verteidigungsetats bilden. Da diese Planungs- bzw. Rahmengesetze jedoch stets mit zum Teil erheblichen Kürzungen durchgeführt wurden, bleibt ihre Aussagekraft relativ. Dennoch geben sie Auskunft über Prioritäten der Rüstungspolitik und damit über die sicherheitspolitischen Zielsetzungen und sind ein Indikator für mittelfristige Entwicklungen.

Deutlich wird die Umbruchphase, in welcher sich die französische Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren befindet, nicht zuletzt dadurch, daß keines der drei letzten *Lois de Programmation* bis zum Schluß durchgeführt und immer wieder vor Ablauf durch ein neues Gesetz ersetzt wurde, obwohl die mittelfristigen Rahmengesetze vor allem die Kontinuität sichern sollen. So verabschiedete das Parlament im Juni 1996 nach den von J. Chirac angekündigten umfangreichen Reformen ein neues Rahmengesetz für den Zeitraum 1997-2002, obwohl erst 1994 ein *Loi de Programmation* für den Zeitraum 1995-2000 beschlossen worden war. In dieser raschen, ihrer eigentlichen Bestimmung widersprechenden Ablösung der *Lois de Programmation* spiegeln sich auch die Veränderungen der politischen Zielsetzungen wider, die sowohl durch den Wechsel der Mehrheitsverhältnisse am Ende der Ära Mitterrand als auch durch die Präsidentschaftswahl zustande kamen.

In dem Maße, in dem das vorletzte, allerdings vorzeitig abgelöste Rahmengesetz in der Regierungszeit des Gaullisten E. Balladur verabschiedet wurde und sich schon an dem 1994 veröffentlichten neuen Weißbuch orientierte, stellen die durch das neue *Loi de Programmation* eingeführten Korrekturen – zumindest was die Grundorientierungen angeht – keine eigentliche Zäsur dar. Die aus den Bewilligungen oder Streichungen von Rüstungsprogrammen ersichtlichen strategischen Zielsetzungen bestätigen einerseits die schon im Weißbuch sichtbaren sicherheitspolitischen Optionen. Andererseits steht das neue Rahmengesetz unverkennbar unter einem Sparzwang, der das zunehmende Spannungsverhältnis zwischen sicherheitspolitischen Ambitionen und finanziellen Kapazitäten aufscheinen läßt.

Herausragendes Merkmal des neuen Rahmengesetzes ist die geplante Einsparung von jährlich 20 Mrd. Francs. So sollen die jährlichen Verteidigungsetats von den vorgesehenen 205 Mrd. Francs auf 185 Mrd. Francs reduziert werden. Davon sind nun etwas weniger als die Hälfte (ca. 86 Mrd. Francs) für Rüstungsausgaben veranschlagt – 1993 waren es noch 103 Mrd. Francs. Dies sind allerdings nur Rahmenrichtlinien, die durch die jeweiligen Verteidigungsetats korrigiert werden können. So wurden im Etat des Jahres 1998 aufgrund steigender, mit der Professionalisierung der Streitkräfte zusammenhängender Ausgaben lediglich 81 Mrd. Francs für Rüstungsausgaben bewilligt. Ob angesichts der steigenden Kosten der Umstellung zur Berufsarmee die Rüstungsausgaben in den noch vom *Loi de Programmation* gedeckten vier Jahren wieder das vorgesehene Niveau erreichen werden, wird nicht nur in den Reihen der Opposition, sondern auch von prominenten Sozialisten wie dem ehemaligen Verteidigungsminister Quilès bezweifelt. Wiederum sind in der Regel die realen Ausgaben der Streitkräfte meistens geringer als die bewilligten Summen. So waren z.B. zwischen 1990 und 1996 die Netto-Rüstungsausgaben jährlich durchschnittlich um 11 Mrd. Francs niedriger als die Bewilligungen, so daß die Kürzungen nicht unbedingt einen gravierenden Ein-

schnitt bedeuten, wenn sich dadurch die Schere zwischen bewilligten und realen Ausgaben verringert.¹⁰¹

Vor dem Hintergrund des Sparzwangs wird gleichzeitig die Umorientierung in den strategischen Zielsetzungen anhand der Förderung einiger Rüstungsprogramme bzw. der Streichung anderer oder der Verschrottung vorhandener Waffensysteme eingeleitet. Mit einem Kostenanteil von knapp 18% an den gesamten Rüstungsausgaben – anstelle von beinahe 30% in den 80er Jahren – bestätigt sich der Abwärtstrend des lange Zeit eine absolute Priorität genießenden Nuklearbereichs. Seit 1990 sind die Ausgaben dafür halbiert worden (1989: 31,528 Mrd. Francs, 1997: 18,145 Mrd. Francs).¹⁰² Die schon im vorigen Rahmengesetz eingeleitete Umkehrung der Prioritäten entspricht den Vorgaben des Weißbuches des Jahres 1994. Dagegen sollen den Weltraum- bzw. Satellitenprogrammen – die die Überwachung, Beobachtung und Kommunikation im Weltmaßstab und damit Frankreichs Unabhängigkeit von den NATO-Strukturen ermöglichen – sowie der Fähigkeit zur „Machtprojektion“, insbesondere durch die Erweiterung von Transportkapazitäten und den Bau des Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“, eine neue Priorität eingeräumt werden.

Innerhalb des Nuklearbereichs zeugt ebenfalls die geplante Verschrottung sowohl der – allerdings veralteten – Raketen des Plateau d'Albion als auch der Hadès-Kurzstrecken-Raketen von einem veränderten Einsatzszenario. Der Schwerpunkt der Nuklearstreitmacht wird fortan auf die See-Komponente verlagert. So sollen bis zum Jahr 2015 die mit einer Reichweite von 8000 km und mit sechs Sprengköpfen bestückten M-51-Raketen auf vier Atom-U-Booten eingebaut werden. Wenn auch damit – so J. Chirac¹⁰³ – eine Zweitschlagkapazität hergestellt werden soll, die Frankreich in der Vergangenheit in der Tat kaum besaß, zeugt auch der Aufbau allein der seegestützten Nuklearmacht vom Willen einer weltweiten Präsenz und der Wahrnehmung einer Weltordnungsmachtrolle. Ohnehin bleibt die französische Nuklearkapazität mit ca. 500 Sprengköpfen (vgl.: Großbritannien besitzt 300) durchaus ansehnlich.

Doch auch hier drohen angesichts der Finanzmisere nicht nur Ambitionen und Möglichkeiten auseinanderzuklaffen. Es ist keinesfalls ausgeschlossen, daß trotz aller gegenteiliger Beteuerungen Haushalte und Rüstungsprogramme in den kommenden Jahren noch etliche Kürzungen werden verkraften müssen. Kaum übertrieben erscheint die sich auf einen Bericht des französischen Rechnungshofs stützende Meldung der Tageszeitung *Le Monde*, wonach „die französischen Streitkräfte in Konkurs“ gegangen seien.¹⁰⁴ Infolge der Haushaltskürzungen (jeweils im Vergleich zum Vorjahr: 1994: -5,6 %, 1995: -15,5 %), der Einfrierung oder Verschiebung, gar Annullierung von genehmigten Geldern sowie der sich fortsetzenden prekären finanziellen Lage der Streitkräfte drohe – so der Bericht – die Zahlungsunfähigkeit. Infolgedessen sind auch Rüstungsprogramme gefährdet, die zwar umstritten sind, deren Streichung jedoch das erklärte Ziel des Erwerbs der Fähigkeit zur „Macht-

101 S. hierzu, J.-P. Hébert, *Opération vérité sur les crédits d'équipement*, in: *Le débat stratégique*, Nr. 35, November 1997, S. 7.

102 Ebenda.

103 Vgl. *Le Monde*, 24.2.1996.

104 *Le Monde*, 1.11.1996.

projektion“ in Frage stellen würde, so z.B. die Rafale-Kampfflugzeuge (200 Mrd. Francs), die in einer speziellen Ausführung auch für den geplanten Flugzeugträger vorgesehen sind. Ohnehin werden die Maschinen durch die bereits beschlossene zehnjährige Verschiebung ihrer Auslieferung in ihrer Leistungsfähigkeit veraltet sein. Darüber hinaus fragen Kritiker, was von einem Flugzeugträger zu halten sei, dessen Flugzeuge erst drei Jahre nach seiner Indienststellung einsatzfähig werden. Schließlich könnte das Rafale-Programm selbst gefährdet sein. Schon der Verzicht auf einen zunächst geplanten zweiten Flugzeugträger ließ angesichts der Tatsache, daß ein Flugzeugträger alle vier Jahre für einige Monate zwecks Wartung einsatzunfähig ist, die angestrebte „Machtprojektionskapazität“ zweifelhaft erscheinen. Die bereits erfolgte Streichung des FLA-Transporterprogramms – einige vermuten allerdings, sie sei doch noch nicht definitiv – wirft ebenfalls einen Schatten auf die Fähigkeit zur „Machtprojektion“.

Gewiß sind budgetäre Kürzungen, Verzögerungen in der Verwirklichung der Rüstungsprogramme und sogar Streichungen seit eh und je an der Tagesordnung. Solche Kürzungen haben in der Vergangenheit selbst den prioritären Nuklearbereich nicht verschont. Doch wurden zur Zeit des Ost-West-Konflikts die Mängel durch die Kapazität des Bündnisses ausgewogen. Wenn der gegenwärtige Sparzwang nun aufgrund der veränderten internationalen Lage die französische Sicherheit keinesfalls beeinträchtigt, ist es jedoch fraglich, ob Frankreich die Mittel seiner Großmachtambitionen wirklich besitzt.

5. Schlußfolgerungen

Eingeleitet mit dem Weißbuch (1994), dann durch die umfangreiche Armeereform konkretisiert, vollzieht die französische Sicherheitspolitik eine Wende um 180 Grad. Wenn auch das Weißbuch eine Reihe von denkbaren Bedrohungsszenarien, aber auch von Konfliktpotentialen, die im klassischen Sinne kaum eine „militärische“ Herausforderung darstellen, aufzählt, so ermöglicht die Abwesenheit einer unmittelbaren Bedrohung eine Umkehrung der Prioritäten. Grundlage der neuen Sicherheitspolitik ist fortan weniger eine nun hypothetische „Verteidigung“ als vielmehr die Wahrnehmung weltweiter „Interessen“. Mit der Betonung einer interessenbezogenen Sicherheitspolitik erhebt Frankreich den Anspruch auf eine globale Zuständigkeit, die – den Nuklear-Status ergänzend – die von Paris nicht nur rhetorisch beanspruchte Großmachtstellung (Ex-Verteidigungsminister Millon) sichern soll. Damit geht unversehens die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zur Machtpolitik über. Nicht einmal in der gaullistischen Zeit, in der schon die Rückgewinnung eines Großmachtstatus und die Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums zur Basis der französischen Außenpolitik wurden, war Sicherheitspolitik mit Machtpolitik so eng verbunden.

Die „Machtprojektionskapazität“ erhält die Rolle und die Priorität, die bisher die Nuklearkapazität innehatte. Die im Weißbuch noch bestehende gewisse Dualität zwischen der herkömmlichen Nuklearorthodoxie und dem neuen Ansatz sowie die Tatsache, daß Frankreichs Machtinteressen ausdrücklich (gewiß im nun überholten Rahmengesetz von 1994) mit seinem Nuklearstatus in Verbindung gesetzt wurden, ließen allerdings eine mögliche Nukleari-

sierung der Machtinteressen fürchten. Wenngleich hier kaum Klarheit zu erwarten ist – Unberechenbarkeit war schon immer die Grundlage der französischen Nuklearstrategie – ist der Trend jedoch eindeutig: Als Vorbild gilt die amerikanische Supermacht mit ihrer Fähigkeit, rasch weltweit zu intervenieren, gegebenfalls sogar gleichzeitig an zwei verschiedenen Orten.

Wenn sich auch Frankreich in der Wahrnehmung seiner Interessen den Alleingang ausdrücklich vorbehält, wird der Rahmen der Interventionsstrategie immer wieder als hauptsächlich „multinational“ definiert. NATO, WEU, CJTF und ad hoc-Koalitionen werden dafür genannt. Die neuartigen Herausforderungen und Konflikte dieser Welt sind in der Tat kaum im Alleingang zu regeln und die Weltordnungsmachtrolle kann nicht allein wahrgenommen werden. Die Armeereform zielt deshalb darauf, aus den Streitkräften nicht nur eine schlagkräftige Interventionskapazität zu machen, sondern ihnen auch die Interoperabilität und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit verbündeten Streitkräften zu verleihen.

Frankreichs Option zugunsten der Machtprojektionskapazität berührt aber nicht nur seine Fähigkeit, sich in eine europäische Verteidigung einzufügen und, gesetzt den – allerdings höchst hypothetischen – Fall, seinen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu leisten. Sie tangiert auch nicht zuletzt die Definition der Aufgaben und der Struktur der Bundeswehr. Kann die Hauptaufgabe der Bundeswehr, wie bisher, die Bündnis- und Landesverteidigung bleiben, oder wird eher, im Sog der französischen Optionen und durch eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, der Druck auf Bonn verstärkt, seine Streitkräfte in Richtung einer Interventionskapazität auszurichten. Schon die im Weißbuch ausgeführten „Einsatzszenarien“ lassen keinen Zweifel daran, daß Paris hauptsächlich an Interventionen außerhalb Europas denkt und im Rahmen der europäischen Vereinigung dabei auf den aktiven Beistand seiner Partner spekuliert.

Die Interessenbezogenheit als Grundlage einer Sicherheitspolitik, die zur Durchsetzung machtpolitischer Zielsetzungen beitragen könnte, schafft vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik neue Spannungsfelder mit den europäischen Partnern. Entweder schafft sie die Grundlage für eine tendenzielle Renationalisierung der französischen Außenpolitik – vor allem in der Wahrnehmung von Machtinteressen – ,oder es werden umgekehrt die französischen als europäische Interessen definiert und die Unterstützung der Partner als Meßlatte des europäischen Integrationswillens deklariert. Die GASP könnte dabei unversehens zum Appendix der französischen Außenpolitik degenerieren.

Wenn sich auch beide Varianten nicht grundsätzlich ausschließen und vielmehr abwechselnd, von Fall zu Fall, angestrebt werden können, kann Frankreich meistens doch nur auf „Europa“ gestützt seine weltweiten Interessen wahrnehmen. Dies um so mehr, als Paris wegen des Auseinanderklaffens von Mitteln und Ambitionen aufgrund der steigenden Kosten der Armeereform und der angespannten Finanzlage auf die Hilfe seiner europäischen Partner in der Wahrnehmung solcher Interessen angewiesen sein dürfte. Daher ist es für Frankreich zwingend, die GASP weitgehend selbst zu definieren. Wie einst die Nuklearfähigkeit, vermag nun die angestrebte Fähigkeit zur weltweiten Machtprojektion den französischen Führungsanspruch in der GASP zu legitimieren. Es liegt freilich an den europäischen

HSFK-Publikationen 1998/99 (Auszug*)

HSFK-Reports (jeweils DM 12,--)

Hans-Joachim Spanger

Globalisierung, Geoökonomie und der EURO

HSFK-Report 4/1998

Christian Büttner

Schule ohne Gewalt? Konfliktberatung im pädagogischen Arbeitsfeld Schule

HSFK-Report 5/1998

Annette Schaper und Katja Frank

Ist eine kernwaffenfreie Welt verifizierbar?

HSFK-Report 6/1998

Bernhard Moltmann

**Nordirland: Vom Wagnis eines neuen Gesellschafts- und Herrschaftsvertrages
oder Wie Thomas Hobbes und John Locke jüngst Stormont Castle besuchten**

HSFK-Report 7/1998

Peter Schlotter

Freihandel + Demokratisierung = Entwicklung?

Zur Maghrebpolitik der Europäischen Union

HSFK-Report 8/1998

Katja Frank

Antreiber der Abrüstung oder Spielbälle der Mächte?

**Zur Rolle Internationaler Organisationen in Rüstungskontrolle, Abrüstung und
Nichtverbreitung**

HSFK-Report 9/1998

Manfred Sapper

Großmachtpolitik ohne Großmachtressourcen.

Rußlands Irak- und Nahostpolitik

HSFK-Report 1/1999

PRIF-Reports (jeweils DM 20,--)

Christian Büttner / Elke Kronenberger / Elisabeth Stahl

'Talk to *Them*? No Way!' Models of Dispute Settlement in

Multicultural Urban Societies

Published together with

Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main

PRIF-Report No. 49

Alexander Kelle

**Security in a Nuclear Weapons Free World - How to Cope with the
Nuclear, Biological and Chemical Weapons Threat**

PRIF-Report No. 50

Harald Müller

The Nuclear Weapons Register - A Good Idea Whose Time Has Come

PRIF-Report No. 51

HSFK-StandPunkte (Bezug kostenlos)

Sonderdruck

Dokumentation - Verleihung des Hessischen Friedenspreises 1997 an Hans Koschnick

HSFK-StandPunkte Nr. 6/1997

Lothar Brock

Globaler Wandel und Staatenpolitik. Plädoyer für Multilateralismus

HSFK-StandPunkte Nr. 7/1997

Änne Ostermann

**Zivilcourage - eine demokratische Tugend: Test für die
Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft**

HSFK-StandPunkte Nr. 1/1998

Lothar Brock

Die USA und die UN: Reform oder Abbau der Weltorganisation?

HSFK-StandPunkte Nr. 2/1998

Harald Müller

Weltpolitische Wasserscheide: Atomtests in Südasien und die Folgen

HSFK-StandPunkte Nr. 3/1998

Dokumentation

Verleihung des Hessischen Friedenspreises 1998 an Alexander Lebed

HSFK-StandPunkte Nr. 4/1998

Harald Müller

Der Kampf der Kulturen findet nicht statt

HSFK-StandPunkte Nr. 5/1998

Berthold Meyer

Der nahöstliche Frieden - verbaut oder noch zu retten?

HSFK-StandPunkte Nr. 6/1998

*) Sie erhalten von uns auf Wunsch jederzeit die komplette Liste unserer Publikationen.

